

JAHRESBERICHT 2007

Vom Bericht des neuen Präsidenten über die Kammerstatistiken bis zum Voranschlag und Umlagenbeschluss für das Geschäftsjahr 2008. Der Jahresbericht 2007 liefert die zentralen Informationen über die Kammerarbeit dieses Jahres.

ARCHITEKTUR IST LEBENSRAUM

Der neue österreichische Verkehrsminister über die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen und die Rolle der Architekten und Ingenieurkonsulenten im Rahmen dieser milliardenschweren Investitionsherausforderungen.

Werner Faymann,
österreichischer Bundesminister
für Verkehr



Infrastrukturplanung erfährt in der Umsetzung durch Architektur in vielen Beispielen die für Menschen konkret wahrnehmbare Dimension. Rund um die neuen Bahnhöfe in Wien Mitte und den Hauptbahnhof Wien entstehen gerade Konzepte für neue Stadtteile. Beim Hauptbahnhof werden ein modernes Finanz- und ein Dienstleistungszentrum integriert. Beide Infrastrukturprojekte sind aktuelle Beispiele für das Zusammenspiel von Architektur, Planung und Bebauung eines zentralen Bereiches für neue Stadtviertel und den hier entstehendem Lebensraum und aller damit verbundenen Impulse.

HAUPTBAHNHOF WIEN – EIN PROJEKT FÜR WIENS ZUKUNFT

In sechs Jahren, im Jahr 2013, wird der Hauptbahnhof in Betrieb gehen und den Bahnverkehr weit über die Grenzen Wiens hinaus neu ordnen. Bahnreisende werden eine neue Qualität erleben, die Region einen wirtschaftlichen Impuls. Der Hauptbahnhof Wien wird neue Märkte ansprechen und Menschen verbinden. Mit dem Stadtentwicklungsgebiet rund um den Hauptbahnhof wird südlich des Wiener Stadtzentrums ein neuer, moderner und lebenswerter Stadtteil realisiert.

RÜCKBLICK

Nach der Zerstörung des Südbahnhofs im Zweiten Weltkrieg wurde bei der Suche nach einer Lösung für den Wiederaufbau des Südbahnhofs auch ein Durchgangsbahnhof überlegt. Der rasche und kostengünstige Wiederaufbau stand jedoch im Vordergrund, und die politischen Vorgänge in den ost-

österreichischen Nachbarländern begünstigten das Konzept der Kopfbahnhöfe. Der damals neue Süd- und Ostbahnhof hat eine etwa 40 Meter breite, 90 Meter lange und 18 Meter hohe Bahnhofshalle. Die Kopfgleise auf unterschiedlichen Niveaus sind über drei Etagen vom Vorplatz aus erschlossen, die auf vier Geschoße verteilten Verkehrsströme werden in einem Hallenbereich mit der ins Untergeschoß gelegten Schnellbahn zusammengefasst. Süd- und Ostbahnhof werden getrennt betrieben. Zwischen Süd- und Ostbahnhof befinden sich mehrere Abstell- und Verbindungsgleise und ein Areal mit verschiedenen bahnbezogenen Nutzungen (Lagerhallen, Magazine, Werkstätten der Brücken- und Hochbau-Bahnmeisterei) sowie der Frachtenbahnhof Wien-Süd. Das Gelände des Süd-/Ostbahnhofs bildet seither eine Barriere zwischen dem zehnten und dem dritten bzw. vierten Wiener Gemeindebezirk.

CHANCEN FÜR DEN DONAURAUM

Seit Mitte der 80er-Jahre änderte sich die Konzeption eines Hauptbahnhofs vom reinen Bahnhofprojekt für ein umfangreiches Nahverkehrsangebot über ein Infrastrukturprojekt, das die Anforderungen des städtischen Umfeldes berücksichtigt, zu einem Gesamtprojekt, in dem Bahninfrastruktur und zukunftsweisende Stadtentwicklung Hand in Hand gehen. Der Wettbewerb „Chancen für den Donauraum“ im Jahr 1986 und die Juryentscheidung für den Standort Süd-/Ostbahnhof haben das Projekt weiter vorangetrieben. Die „Expo 95“ hat zu einer vertiefenden Variantenuntersuchung geführt, und die durch die Ostöffnung geschaffene neue politische Situation verlangte immer mehr nach einem Durchgangsbahnhof. 1994 wurde von den ÖBB mit der Stadt Wien ein Expertenverfahren für ein neues Bahnhofsgebäude mit Durchbindung von Fernverkehrsgleisen zwischen Süd- und Ostbahn ausgeschrieben. Das Planungsgebiet beinhaltete die Gesamtfläche des Bahnhofsareals zwischen dem Wiedner Gürtel, der Arsenalstraße, der verlängerten Ghegastraße, der Landgutgasse, der Laxenburger Straße und dem Südtiroler Platz. Der Frachtenbahnhof war damals noch als Weiterbestand vorgesehen.

Letztendlich wurde entschieden, anstelle dieser zwei Kopfbahnhöfe bis 2013 einen zentralen Durchgangsbahnhof zu errichten, einen Knotenpunkt im transeuropäischen Schienenverkehr und eine wichtige Drehscheibe für den internationalen und nationalen Personenverkehr.

Die Errichtung eines neuen Bahnhofsviertels zwischen Wiedner Gürtel, Arsenalstraße, verlängerter Landgutgasse und Sonnwendgasse ist die zukunftsweisende städtebauliche Leitidee. Auf dem Gelände zwischen Gürtel, Arsenalstraße, Gudrunstraße und Sonnwendgasse wird ein neues Stadtviertel entste-

hen – mit Büroflächen im Ausmaß von 550.000 m² Bruttogeschoßfläche und 5.500 neuen Wohnungen für rund 13.000 Menschen. Mit einem acht Hektar großen Park wird auch ein Erholungsgebiet geschaffen. Ein Kindergarten und zwei Schulen sorgen für die soziale Infrastruktur. Insgesamt werden 59 ha städtebaulich entwickelt – und das nur 2,5 km vom Stephansdom entfernt. Rund 20.000 Menschen werden hier insgesamt arbeiten. Die ersten Einheiten sollen bereits 2012 fertig sein.

EIN BAHNHOF FÜR KUNDEN

Im Hauptbahnhof werden erstmals die Züge aus allen Richtungen in einem Bahnhof verbunden. Neue Bahnverbindungen werden möglich – beispielsweise von Linz direkt zum Flughafen Wien-Schwechat. Bahn fahren wird dadurch rascher und bequemer. Die Anreisezeit vom Hauptbahnhof Linz zum Flughafen Wien wird 1 Stunde 15 Minuten betragen – heute dauert dies noch mehr als zweieinhalb Stunden. Bereits heute arbeiten die ÖBB am Fahrplan für 2013: Der Hauptbahnhof wird dann zum Taktknoten für Österreich. Innerhalb der Stadt werden Reisende bequem in andere öffentliche Verkehrsmittel umsteigen können: S-Bahnen, Straßenbahnen, regionale und internationale Autobuslinien und nicht zuletzt zur U-Bahn-Linie U1 – sie alle werden mit dem Hauptbahnhof Wien zu einer großen Verkehrsdrehscheibe vereint. Die Planung sieht die Errichtung eines neuen Durchgangs- sowie eines S-Bahn-Hofs vor.

BESTMÖGLICHE VERKEHRSVERBINDUNGEN

Eine großzügig dimensionierte mehrgeschoßige Halle mit markantem Flugdach gewährleistet optimale bahninterne Umsteigewege zwischen dem Fernreiseverkehr, dem städtischen Verkehrsnetz und dem regionalen S-Bahn- und Busliniennetz und bildet eine attraktive Fußgängerverbindung zwischen dem neuen Stadtviertel und dem zehnten Bezirk. Parallel zur Bahnhofshalle wird die Bebauungskante der Favoritenstraße durch ein Brückenbauwerk mit Hotel- und Dienstleistungsfunktion als städtebauliches und architektonisches Zeichen weitergeführt. Durch Ausräumen des bestehenden Gürtelvorlandes wird ein großzügiger Bahnhofsvorplatz geschaffen. Rund 1.000 Abstellplätze für Fahrräder, Plätze für Park & Ride und Taxis sowie eine Tiefgarage binden den Individualverkehr an den Bahnhof an.

Der Hauptbahnhof selbst wird aus fünf Doppelbahnsteigen bestehen. Zu diesen führen die Gleise der Südbahn, der Pottendorfer Linie, der Ostbahn und der Schnellbahnlinie S80. Eine moderne Dachkonstruktion wird für ein markantes Erscheinungsbild und für optimalen Witterungsschutz sorgen. Die Reisenden werden über Leitsysteme **Seite 3 •••**

Werner Faymann: „Mit dem Stadtentwicklungsgebiet rund um den Hauptbahnhof wird südlich des Wiener Stadtzentrums ein neuer, moderner und lebenswerter Stadtteil realisiert.“

EDITORIAL

Liebe Leserin,
lieber Leser!

2007 war für die Kammer, nicht zuletzt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kammerdirektion, ein aktives, bewegtes Jahr.

Mit der Frühjahrsklausur des Kammervorstandes wurde der Startschuss für den „Umbau“ der Organisationsstruktur der Kammerdirektion gegeben. Ziel der Initiative war und ist die weitere Professionalisierung der Dienstleistungen der Kammer und die Steigerung der Produktivität. Mittelfristig soll die Kammerdirektion die gängigen QM-Standards erfüllen.

Vor diesem Hintergrund haben wir für die Bereiche Berufsrecht und -politik, Wettbewerbe und Vergabe sowie Öffentlichkeitsarbeit erfahrene und ausgewiesene Abteilungsleiter angestellt.

Ich meine, die ersten Früchte sind für Sie, die Mitglieder unserer Kammer, bereits spürbar: beispielsweise eine Top-Rechtsberatung, sei es in Fragen des Berufsrechts oder des Vergaberechts, sowie mit dem APA-Online-Pressespiegel ein Feature der Öffentlichkeitsarbeit, das jedem einzelnen Mitglied direkt zugänglich ist und in einer Zeit überschießender Information Struktur und Konzentration auf das für den Berufsstand Wesentliche bietet. Daneben mit derPlan noch eine Kammerzeitung, die die Themen am Puls der Zeit in differenzierter und seriöser Weise darstellt. Mit dem Internetportal www.architekturwettbewerb.at haben wir begonnen, eine – von jedermann von überall einsehbare – Gesamtdokumentation des Wettbewerbswesens aufzubauen. Das schafft Transparenz und dient als nützliche Informationsquelle für Auftraggeber.

Nicht zuletzt erwähnt werden sollen die Angebote der Arch+Ing Akademie,

Die Kammer am Puls der Zeit: neue Medienkooperationen Print und Online

die nach dem Grundsatz „Beste Qualität zum besten Preis“ rund 200 Veranstaltungen mit mehr als 2.000 Besuchern im abgelaufenen Jahr abgewickelt hat. Mit den Aktivitäten der Arch+Ing Akademie werden auch nationale und internationale Netzwerke gepflegt und weiterentwickelt, auf die für die verschiedenen Initiativen der Kammer direkt zurückgegriffen werden kann.

Neben diesen Leistungen erbringen wir einige mehr oder weniger unscheinbare Leistungen, wie beispielsweise die Betreuung von rund 100 Sitzungen, die Vor- und Aufbereitung politischer Initiativen oder die Servicierung des Disziplinar- und des (vielfach unterschätzten) Schlichtungswesens.

Ich habe den Eindruck, dass diejenigen, die unsere Leistungen in Anspruch nehmen, diese auch schätzen, die, die das noch nicht getan haben, lade ich dazu herzlich ein.

Für Kritik, Anregungen oder sonstiges Feedback sind wir immer dankbar. Schreiben Sie mir: hans.staudinger@arching.at

Hans Staudinger, Kammerdirektor

IMPRESSUM

MEDIENINHABER UND HERAUSGEBER Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland, Redaktion: Brigitte Groihofer, A-1040 Wien, Karlsplatz 9, www.wien.arching.at

VERLAG Edition HFP/Wien
DRUCK Landesverlag Druckservice GmbH, A-4602 Weis

DER BERICHT DES PRÄSIDENTEN

Die wichtigsten Themen der Zukunft: Intensivere Kooperation mit den Ländern, Umsetzung der Honorarreformen und Arbeit an neuen Kammerstrukturen.

Sehr geehrte Frau Kollegin,
sehr geehrter Herr Kollege!

Im (fast) abgelaufenen Jahr 2007 haben wir viele Initiativen begonnen und einige wesentliche Fortschritte gemacht. Und trotzdem: es bleibt noch viel zu tun!

In meinem letzten Jahresbericht habe ich das Wettbewerbs- und Vergabewesen, das Honorarrecht und das Berufsrecht als Schwerpunktthemen bezeichnet. In den ersten beiden Bereichen haben wir, wie ich meine, gute Fortschritte gemacht: Im Wettbewerbswesen sind die beiden Sektionen „näher aneinandergerückt“, zwei Ingenieurkonsulenten sitzen im Wettbewerbsausschuss der Architekten, zwei Architekten sitzen im Vergabeausschuss der Ingenieurkonsulenten. Das fördert das wechselseitige Verständnis und ermöglicht eine integrierte Betrachtung durch die Kammer. Parallel dazu habe ich mich im vergangenen Jahr intensiv darum bemüht, die Kooperationen mit der Stadt Wien, dem Land Niederösterreich, dem Burgenland ebenso wie mit anderen großen institutionellen Auftraggebern im Vergabebereich zu intensivieren. Ziel dabei war immer, die Rolle der Planer im gesamten Vergabeprozess zu stärken. Die Zahlen der Vergabeverfahren, bei denen wir um Kooperation ersucht werden, sind im letzten Jahr deutlich gestiegen. Ich werte das auch als Erfolg der Arbeit, die wir, die beiden Ausschüsse genauso

wie die Mitarbeiter der Kammer, in diesem Bereich geleistet haben.

Im Bereich des Honorarwesens haben wir seit der – auf Druck der europäischen Wettbewerbsbehörden erfolgten – Aufhebungen sämtlicher Honorarordnungen auf Ebene der Bundeskammer intensiv mitgearbeitet, ein neues „Honorarinformationswesen“ zu entwickeln. Eine umfassende Projektdatenerhebung bildet die Grundlage für ein neues, stundenbezogenes Kalkulationsprogramm, das als Testversion bereits verfügbar ist. Parallel dazu haben wir eine Vielzahl von Seminaren gehalten, die es Architekten und Ingenieurkonsulenten erleichtern sollen, ihre Honoraransprüche zu bemessen, zu argumentieren und schließlich durchzusetzen.

Im Bereich des Berufsrechts sind wir bis dato noch nicht so weit, wie ich es für erforderlich erachte. Über den Anwärterstatus gibt es einen prinzipiellen Konsens, neue Modelle der Beteiligung an Ziviltechnikergesellschaften werden noch diskutiert. Ich erachte es als meine Aufgabe, an diesem Thema dran-zubleiben, vor allem weil eine Lösung in diesem Bereich doch eine maßgebliche Voraussetzung für die Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wäre.

Die „Reform der Kammerstruktur“, ein Thema, das in fast jeder Funktionsperiode neu diskutiert wird, haben wir sowohl im Bereich unserer Länderkammer wie auch auf Ebene der Bundeskammer in Angriff genommen. Die Kammerdirektion wird – auf

Grundlage einer neuen Geschäftseinteilung – den Prozess der weiteren Professionalisierung ihrer Dienstleistungen fortsetzen und sich verstärkt der Mitgliederbetreuung widmen. Auf Ebene der Bundeskammer ist eine Lösung in Sicht, die das Gewicht unserer Länderkammer stärkt, in dem die Stimmrechte in einem direkten Verhältnis zur Anzahl der von ihr vertretenen Mitglieder stehen. Gleichzeitig versuchen wir, die Struktur der Gremien zu verschlanken, um damit Redundanzen und Effizienzverluste zu vermeiden.

Im Bereich der WE (Wohlfahrtseinrichtungen) ist seit den Wahlen (sowohl der Nationalrats- als auch der Kammerwahlen) Bewegung entstanden. Die Zeichen für einen Wechsel in das staatliche Pensionsversicherungssystem in absehbarer Zeit stehen äußerst günstig, ich bin da sehr optimistisch.

Im abgelaufenen Jahr hat die Kammer auch zwei unorthodoxe Öffentlichkeits-Initiativen gesetzt:

- Für den Sternthalerhof, ein Kinderhospiz im Burgenland, haben wir das Wettbewerbsverfahren für die Errichtung einer Reithalle ausgerichtet und das Planerhonorar übernommen, und
- die neuen Mitglieder unserer Kammer haben wir zu einem Burgtheaterabend eingeladen.

Mit der ersten Initiative möchten wir auch eine gesellschaftliche Verantwortung dokumentieren, mit der zweiten unseren jungen Mitgliedern einen kleinen Willkommensgruß der anderen Art entbieten.

Dipl.-Ing. Andreas Gobiet, Präsident

Die Mitarbeiter der Kammer und der Akademie

KAMMERDIREKTION

Telefon: 01-505 17 81

Fax: 01-505 10 05

kammer@arching.at

www.wien.arching.at

1 Mag. Hans Staudinger
Kammerdirektor, DW 18
hans.staudinger@arching.at

2 Manuela Lutter
Assistentin Präsident und
Kammerdirektor, DW 25
manuela.lutter@arching.at

3 Mag. phil. Brigitte Groihofer, MBA
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
DW 20, 0664-514 13 05
brigitte.groihofer@arching.at

4 Mag. Franziska Mayr-Keber
Assistentin Architekten, DW 12
franziska.mayr-keber@arching.at
architekten@arching.at

5 Maria Haider
Assistentin Ingenieurkonsulenten, DW 26
maria.haider@arching.at

6 Mag. Monika Moritz
Leiterin Berufsrecht und -politik,
DW 21, 0664-501 41 48

7 Mag. Christoph Tanzer
Rechtsreferent: Schwerpunkt Berufsrecht,
Honorarordnungen, DW 28
christoph.tanzer@arching.at

8 Ing. Mag. Sandro Huber
Rechtsreferent: Schwerpunkt
Vergaberecht, DW 13
sandro.huber@arching.at

9 Maria Kormesser
Disziplinar, Schlichtungen,
Prüfungs-/Befugnisansuchen, DW 16
maria.kormesser@arching.at

10 Karin Achs
Telefonzentrale, Empfang, DW 11
karin.achs@arching.at

11 Karin Bernas
Buchhaltung, Kammerumlage, DW 22
karin.bernas@arching.at

12 Eveline Sladek
Mitgliederverwaltung, DW 24
eveline.sladek@arching.at

ARCH+ING AKADEMIE

Telefon: 0810-500 830,

Fax: 0810-500 831

E-Mail: info@archingakademie.at

www.archingakademie.at

1 Mag. Hans Staudinger
Direktor, DW 18
hans.staudinger@arching.at

2 Petra Pesak, MSc
Bildungsreferentin, DW 10
petra.pesak@archingakademie.at

3 Monika Laumer
Bildungsreferentin, DW 14
monika.laumer@archingakademie.at

4 Mag. Ulrike Schaufler
Bildungsreferentin, DW 19
ulrike.schaufler@archingakademie.at

5 Eva Brandstötter
Buchhaltung, Anmeldeverwaltung, DW 23
eva.brandstoetter@archingakademie.at

6 Stefan Krautzer
Seminarbetreuung
stefan.krautzer@archingakademie.at



1



2



3



4



5



6



7



8



9



10



11



12



2



3



4



5



6

Alle KammermitarbeiterInnen
auf einen Blick: 26 Profis,
die für Sie da sind.

STRATEGIEN UND PLÄNE DER SEKTIONEN

ARCHITEKTEN: „FAIRE WETTBEWERBSBEDINGUNGEN FÜR PLANER“

Vorsitz: Architekt Dipl.-Ing. Thomas Kratschmer

Im abgelaufenen Jahr wurden langjährige Arbeitsprogramme entscheidend vorangetrieben und zu erfreulichen Zwischenabschlüssen gebracht: in der ersten Jahreshälfte unter Sektionsvorsitzendem Arch. Georg Driendl – dem ich an dieser Stelle für seine äußerst intensive und fruchtbringende Arbeit danke –, seitdem unter meiner Leitung. Die Themenkreise und Arbeiten wurden nahtlos bei gleichen Zielen fortgesetzt.

KOMMUNIKATION

Die Kommunikation mit der internen und externen Öffentlichkeit wurde durch die Tätigkeit von Mag. Brigitte Groihofer außerordentlich verbessert! Zusätzliche Aktivitäten wie die Begrüßung der neuen Mitglieder im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung mit dem Burgtheater und die in Kürze erfolgende Freischaltung eines Pressespiegels für alle Mitglieder sind sichtbare Verbesserungen. Für die Architekten wird Zugang und Nutzung des Urkundenarchivs eine Vereinfachung ihrer Arbeit sein.

WOHLFAHRTSEINRICHTUNG

Sehr erfreulich ist die Entwicklung der Verhandlungen betreffend den Übergang der Pensionskasse von der Wohlfahrtseinrichtung in die allgemeine Sozialversicherung. Die Gespräche wurden nach jahrelangen heftigen Aktivitäten von den Kollegen Pircher und Proche so weit gebracht, dass die technischen Vereinbarungen sowie der grundsätzliche politische Willensprozess in Ministerium und öffentlichen Pensionskassen abgeschlossen ist und der Gesetzwerdungsprozess läuft. Auch mit unseren Pensionisten gab es gute und abschließende Gespräche, sodass alle Mitglieder mit Zuversicht dem im kommenden Jahr zu präsentierenden Verhandlungsergebnis sowie dem Übergang in die öffentliche Sozialversicherung entgegensehen können.

HONORARORDNUNG

Einen besonders großen Erfolg können wir im Bereich des Honorarwesens verkünden. In äußerst intensiven Ausschussverhandlungen auf allen Ebenen ist es gelungen, in Teamwork ein wahres „Opus magnum“ zu erstellen. Es ist auf unserer Homepage unter „Reform Honorarwesen“ einsehbar und besteht aus mehreren Mo-

dulen, die u. a. Einführungen, Erläuterungen und Statistiken enthalten sowie die neuen Leistungsbilder für Architekturleistungen. Ergänzt wird es durch die besonders wichtigen Ausführungen über die Grundsätze und Randbedingungen der Vertragsgestaltung. Weiters steht ein kleines EDV-Programm für die Ermittlung der Bürostundensätze als Download zur Verfügung.

In Kürze wird ein EDV-Programm für Anbotslegung und Rechnungserstellung (Offerro) ebenfalls verfügbar sein. Zu diesem wird es die Möglichkeit geben, dass andere EDV-Anbieter sich über eine Schnittstelle mit ihren Zeiterfassungen andocken können. Erfreulicherweise wird eines dieser Programme (Ergo sum) für die Architektenschaft kostenlos in einer Einzelplatzversion verfügbar sein. All dies bedurfte intensiver Verhandlungen – ich kann sagen: Es hat sich gelohnt, alle Architekten, die diese Hilfsmittel verwenden, haben nun genaue Kenntnisse über die eigene ökonomische Situation und werden in der Lage sein, ihre Angebote gut und richtig zu legen und vor dem Auftraggeber begründet zu argumentieren.

WETTBEWERBE

Das brisanteste Thema für Architekten sind stets die Wettbewerbe. Alles andere, was uns auch betrifft, sind ja nur Hilfsmittel zum Zweck unserer ureigensten Aufgabe und unserer Kernanliegen, nämlich hervorragend zu bauen, eben Archi-Tektur zu machen, deren zentrales Mittel zur Darstellung unserer Leistungsfähigkeit Wettbewerbe sind. Dabei ist die Aufgabe der Kammer, in einer Weise am Wettbewerbswesen mitzuwirken, dass für alle gleiche und faire Bedingungen gegeben sind. Dies erreichen wir u. a.

durch geeignete Rahmenvereinbarungen mit großen Auftraggebern, wie der BIG, dem KAV, der Stadt Wien und den Bundesländern, der ASFINAG und der ÖBB. Verhandlungen sind noch im Gange, die Verfahren mit diesen Bauherren aber bereits jetzt deutlich besser.

Ein wesentlicher Punkt sind die teils in absurder Weise geforderten Referenzen zur Verfahrenszulassung, durch die teils nur 0,5 bis 1,5 Prozent der Architekturbüros zugelassen wären. Interne Richtlinie der Kammer ist nun, dass Referenzobjekte in Größe von eine Zwanzigstel des geplanten Objekts ausreichen. Alternativ wird immer vorgeschlagen, die Referenzen und die Planungsteambildung erst nach Abschluss des Wettbewerbs mit dem Gewinner ebenso wie die Honorare zu verhandeln. Gegen die Honorarkomponente als für die Siegerermittlung mitentscheidend sprechen wir uns dezidiert aus. Möglich erscheint es uns, das Honorar in einem geschlossenen Kuvert abzugeben, das erst nach der Siegerfeststellung geöffnet und verhandelt wird.

Bei nichtoffenen Wettbewerbsverfahren hat die Kammer bisher keine Teilnehmer nominiert. Ob das so bleiben oder geändert werden soll, wird derzeit gerade auf unserer Homepage diskutiert.

MITMACHEN!

In den letzten Monaten haben sich erfreulicherweise einige weitere Architekten in der Kammerarbeit engagiert. Weitere aktive Teilnehmer würde ich mit großer Freude begrüßen. Die Mitwirkung in Ausschüssen ist auch für Mitglieder, die nicht gewählt sind, möglich. Allen bisherigen und zukünftigen Mitgliedern sei für das Engagement gedankt! ...

INGENIEURKONSULENTEN: „WIR SIND DIE FRONT“

Vorsitz: Dipl.-Ing. Hans Polly

Mit einigen unserer Initiativen und Weichenstellungen im nunmehr zu Ende gehenden Jahr 2007 sollte die Grundlage für standespolitische Entwicklungen geschaffen worden sein, deren Erfolge in naher Zukunft für uns Ingenieure merkbar werden: Um der unbefriedigenden Situation im Vergabebereich wirksam entgegenzutreten zu können, entwickelte der Vergabeausschuss unter juristischer Mitwirkung einen Vergabewegweiser. Dieser soll einerseits der Kollegenschaft als Unterstützung in der Argumentation mit der Auftraggeberseite dienen, andererseits mit den dargelegten rechtlichen Rahmenbedingungen als fundierte „Check-Liste“ für alle Ziviltechniker, die Ausschreibungen und Vergabeverfahren betreiben.

Einer der zentralen Punkte ist die juristisch schlüssige Darlegung, dass es sich bei Ziviltechnikerleistungen um geistige Leistungen im Sinne des Bundesvergabegesetzes handelt. Neben der Veröffentlichung einer Broschüre ist dazu für Anfang 2008 eine Veranstaltung mit Spitzenvertretern der Auftraggeberseite geplant, die auf Lösungen zur Verbesserung der Vergabesituation fokussiert ist und der derzeit bestehenden „Frontstellung“ entgegenwirken soll.

Wir werden damit keinen sofortigen Stimmungsumschwung erreichen können, doch hoffen wir damit dem Qualitätsgedanken mehr Nachdruck zu verleihen.

In Gesprächen mit der Stadt Wien wurde als Pendant zum bestehenden Roland-Rainer-(Architektur-)Preis der Ingenieurpreis der Stadt Wien initiiert. Dieser Ingenieurpreis soll, beginnend mit Herbst 2008, regelmäßig an Ingenieure für ein Werk vergeben werden, das sowohl technisch als auch gesellschaftlich von nachhaltiger Bedeutung ist. Der Preis wird zu gleichen Teilen von der Stadt Wien und unserer Länderkammer getragen. Damit ist ein wichtiger Schritt zur „Imagepflege“ unseres Berufsstandes gesetzt.

DAS NEUE URKUNDENARCHIV

Mindestens ebenso nachhaltige Bedeutung soll die Implementierung des Urkundenarchives der BAIK erlangen, zu dem das Berufsrechtsänderungsgesetz (BRÄG 2006) den rechtlichen Rahmen vor-

gibt. Auf dieser gesetzlichen Grundlage werden Ziviltechniker ab 2008 ihre öffentlichen Urkunden nicht nur auf Papier, sondern auch in elektronischer Form errichten dürfen; Formvoraussetzung dazu bilden die Erstellung der Urkunde in einem genormten PDF-Format, ihre elektronische Signierung und Einbringung in das Urkundenarchiv. Daneben kann das Archiv auch zur Langzeitspeicherung von unseren sonstigen Operaten und Plänen genutzt werden. In jedem Fall entbindet die Speicherung der Urkunde oder des Planopeats den Ziviltechniker von seiner gesetzlichen Aufbewahrungspflicht – diese geht auf das Archiv über (siehe: www.baik-archiv.at).

Breiten Raum der Beratungen in den Gremien der Sektion Ingenieurkonsulenten ebenso wie in jenen der Bundeskammer nahm in den abgelaufenen Monaten die Reform des Berufsrechtes ein. Diese muss aus unserer Sicht als flankierende Maßnahme zur EU-Berufsanerkennungsrichtlinie die Urkundstätigkeit der Ziviltechniker als österreichisches Spezifikum vom Gemeinschaftsrecht abheben. Da die Umsetzung dieser EU-Richtlinie in nationales Recht mit einem „einfacheren“ Zugang von Ingenieuren aus dem EU-Raum zum Ziviltechnikerberuf noch im Jahre 2007 zu erfolgen hat, gab es in unserer Länderkammer das Bemühen, gleichzeitig in unserem Berufsrecht eine zweite Ebene des „Europaingenieurs“ ohne hoheitliche Tätigkeit einzuziehen.

Gleichlautende Beschlüsse der Sektionsvorstände von Architekten und Ingenieurkonsulenten sowie auch des Kammervorstandes wurden von der Bundeskammer nur zögerlich mitgetragen, sodass sie in der ab Jänner 2008 in Kraft tretenden Novelle des ZTG nicht Eingang fanden. Da es sich bei diesen Reformansätzen um sehr weit reichende Änderungen unseres Berufsrechtes handelt – von deren Notwendigkeit nicht zuletzt durch die Liberalisierung des Gemeinschaftsrechtes wir jedoch überzeugt sind –, ersuche ich um Ihre Meinung.

Abschließend darf ich allen Kolleginnen und Kollegen recht herzlich danken, die in Kammergremien für unseren Berufsstand tätig sind. Ohne ihren Einsatz wäre – nicht zuletzt durch die Vielzahl an Befugnissen – ein Erfolg in der Sektionsarbeit schwer möglich. ...



PRÄSIDIUM

Die Standesvertretung der Ziviltechniker erfolgt grundsätzlich auf ehrenamtlicher Basis. Die folgenden Architekten und Ingenieurkonsulenten vertreten die Interessen der Ziviltechniker:

- 1 Andreas Gobiet, DI
- 2 Peter Pircher, DI
- 3 Hans Polly, DI
- 4 Thomas Kratschmer, DI
(seit Juli 2007)
- 5 Erich Kern, DI
- 6 Werner Neiger, DI

Werner Faymann: „Architektur ist in jeder Dimension mit hoher Verantwortung verbunden.“

... 1 geführt. Alle Bereiche werden barrierefrei erreichbar sein. Durch attraktive Zugänge sowie den Sichtbezug zu den Gleisanlagen wird die Nutzung „Bahnhof“ erlebbar.

Im Rahmen der Gesamtinvestition von rund zwei Milliarden Euro werden in die Errichtung der neuen Bahninfrastruktur einschließlich der Verkehrsstation zirka 886 Millionen Euro fließen, hier ist die Inflati-

onsanpassung der nächsten Jahre bereits berücksichtigt. Architektur ist jedoch in jeder Dimension mit hoher Verantwortung verbunden, die gestalterische Ausprägung leistet entscheidende Impulse für Erlebnisse oft vieler Menschen und nachfolgender Generationen. Für die Wahrnehmung dieser Verantwortung möchte ich mich bei Ihnen bedanken und gutes Gelingen bei zukünftigen Projekten wünschen. ...

Die Aktivitäten und Förderungen

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr waren die Experten der Kammer in etliche Wettbewerbs- und Vergabefahren eingebunden.

Gekennzeichnet war das vergangene Jahr durch eine weitere Schwerpunktsetzung auf ein Kernthema der Kammer, die Vergabe von geistigen Dienstleistungen. Das Bündel der gesetzten standespolitischen Maßnahmen setzt sich – neben den Mitgliederberatungen – vor allem aus folgenden Einzeltätigkeiten zusammen.

GESPRÄCHSINITIATIVEN

Mit verschiedenen öffentlichen Auftraggebern, u. a. der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. (BIG), der Stadt Wien bzw. dem Land NÖ, wurden intensive Gespräche betreffend eine ständige Kooperation in Wettbewerbs- und Vergabeangelegenheiten geführt.

WETTBEWERBSBETREUUNG

Die Anzahl der von der Kammer betreuten Wettbewerbs- bzw. Vergabeverfahren ist weiter stark im Steigen. Zu folgenden Verfahren gab der Ausschuss „Wettbewerbe und Vergabeverfahren“ (Sektion Architekten) bzw. neuerdings der Ausschuss „Vergabe“ (Sektion Ingenieurkonsulenten) Stellungnahmen ab und nominierte Haupt- und Ersatzpreisrichter bzw. Mitglieder in die Bewertungskommission.

Nachfolgende Verfahren wurden an die Kammer von Dritten herangetragen bzw. hat die Kammer direkt mit den Auslobern Kontakt aufgenommen, um diesen Beratung bzw. Verfahrenskritik zur Kenntnis zu bringen mit dem Ziel, die Verfahrensbedingungen zu optimieren und anschließend zu kooperieren.

- > Justizzentrum Wien, Baumgasse
- > Landespflegeheim Mödling
- > Landespflegeheim Scheiblingkirchen
- > ACA Projektmanagement
- > Gericht St. Pölten
- > ISM KBZ St. Pölten
- > LBS Amstetten
- > Reithalle Sternthalerhof
- > AHS Korneuburg (Projektmanagement & Generalplanerleistungen)
- > ORG Neulengbach (Projektmanagement)
- > ORG Ternitz (Projektmanagement & Generalplanerleistungen)
- > ORG Deutsch Wagram (Projektmanagement & Generalplanerleistungen)
- > LKA Außenstelle Mödling (Projektmanagement & Generalplanerleistungen)
- > Fußgängerzone Wiener City
- > Geriatriezentrum Baumgarten
- > Bildungseinrichtung Nordbahnhof
- > BEV Arltgasse Laborneubau
- > Justizzentrum Eisenstadt
- > AHS Contiweg

- > Krankenanstalt Rudolfstiftung
- > BG/BRG Schwechat, Erweiterung und Sanierung
- > Lüftungsbauwerke S1
- > Remise Breitensee
- > WU Wien

Ein wichtiges Instrument, welches zur Transparenz beiträgt und der Informationsbeschaffung für Interessierte dienen soll, wurde im Laufe des Jahres 2007 implementiert. Es handelt sich dabei um die Website www.architekturwettbewerb.at der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten.

PREISRICHTERNOMINIERUNGEN

Aufgrund der Expertise der Kammer im Planungswettbewerbswesen wurden im vergangenen Jahr rund 70 KollegenInnen in Wettbewerbsjurys bzw. Bewertungskommissionen entsandt. Insgesamt wurden seit 2002 bis dato rund 200-mal ZiviltechnikerInnen in Preisgerichte (Haupt- und Ersatzpreisrichter) nominiert.

FÖRDERUNGEN DER SEKTION 2007

Die Sektion Architekten unterstützte 2007 folgende Projekte mit einer Gesamtsumme von 65.360 Euro.

- > Plattform für Architekturpolitik und Baukultur: 3.000 Euro
- Die Plattform für Architekturpolitik und Baukultur ist ein Verein zur Stärkung dieser Themen in der Öffentlichkeit und Politik. Zu seinen Mitgliedern zählen neben den Interessenvertretungen, den Architekturhäusern viele andere relevante Institutionen der Baubranche. Unter anderem zeichnet sich die Plattform für die Entstehung und die weitere Bekanntmachung des Baukulturreports verantwortlich. www.architekturpolitik.at
- > Real Vienna – Architektursymposium: 2.400 Euro
- Im Frühjahr 2007 wurde vom Verein CORP die 12. internationale Konferenz zu Stadtplanung, Regionalentwicklung und Informationsgesellschaft veranstaltet. Teil dieser Konferenz war ein Architektursymposium zu aktuellen Entwicklungen der Stadt. www.corps.at
- > Zentralvereinigung der Architekten – 100 Jahre ZVA Jubiläumsfeier: 4.000 Euro
- > ÖGFA – Bauvisiten: 4.000 Euro
- Bei den Bauvisiten werden neue Bauten von den Architekten persönlich präsentiert und so der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und erklärt. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos. Rund 500 BesucherInnen nahmen an den 13 Bauvisiten im Jahr 2007 teil. www.oegfa.at
- > Stadtforschungszeitschrift „dérive“: 1.500 Euro
- dérive – Zeitschrift für Stadtforschung – erscheint seit Sommer 2000 vierteljährlich in Wien und versteht sich als interdisziplinäre Plattform zum Thema Stadtforschung. Die behandelten Felder reichen von Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung, Raumord-

nung und bildender Kunst bis zu Geografie, Soziologie, Politik- und Medienwissenschaften und Philosophie. Thematisiert werden globale Problemstellungen, die im lokalen Rahmen behandelt werden und Aufschlüsse über die gegenwärtige Stadtentwicklung geben sollen. Die Kammer unterstützte das Heft Nr. 29 mit dem Schwerpunkt „Transformation der Produktion“, erschienen im Oktober 2007. www.derive.at

- > RaumGestalten – Architektur in der Schule: 4.000 Euro
- Das Projekt „RaumGestalten“ fördert Projekte zur Architekturvermittlung an Schulen. In begleitenden Workshops für die ausgewählten Projektteams wird gemeinsam über Ziel und Erfolg der angewandten Architekturvermittlung reflektiert. Die Projekte werden in einer abschließenden Publikation dokumentiert.

- > Architekturtag 2008: 37.000 Euro
- Das Projekt Architekturtag ist eine Initiative der Kammer für Architekten und Ingenieurkonsulenten und der Architektur Stiftung Österreich in Zusammenarbeit mit den österreichischen Architekturhäusern. Offene Architekturateliers, Gebäude- und Baustellenbesichtigungen, Veranstaltungen zum „Erleben von Architektur“ (Theater, Installationen etc.), Veranstaltungen zur theoretischen Auseinandersetzung mit Architektur (Vorträge, Podiumsdiskussionen etc.). Die Architekturtag sind die größte Architekturveranstaltung Österreichs und verzeichnen steigende Besucherzahlen (Eröffnung 2006 in Wien: 1.500 Gäste, ca. 300 Architekturateliers: über 10.000 Besucher). www.architekturtag.at

- > ORTE 2007: 7.500 Euro
- ORTE ist ein gemeinnütziger Verein und agiert als Architektornetzwerk in Niederösterreich. Die Aktivitäten umfassen die Aufbereitung von Informationen über das aktuelle Baugeschehen in Niederösterreich, Architekturvermittlung durch Bauvisiten und Diskussionsveranstaltungen und die Beratungstätigkeit für interessierte Kommunen und politische Entscheidungsträger.

2007 führte ORTE rund 180 Personen zu acht Projekten in Niederösterreich. An den drei Werkstattgesprächen zum Thema „Neue StandORTE für die Kunst (in Niederösterreich)“ beteiligten sich 90 ZuhörerInnen. Für das junge Publikum wurde im Sommer ein Workshop organisiert, der von 43 Kindern besucht wurde. In diesem Jahr ist auch die Publikation „Architektur in NÖ 1997–2007“ von Walter Zschokke und Marcus Nitschke erschienen. www.orte-noe.at

- > Podiumsdiskussion „Der Planer – Stiefkind des Urheberrechts“: 1.960 Euro

Im Rahmen der Präsentation des neuen Buches von Rechtsanwalt Dr. Höhne „Architektur und Urheberrecht“ veranstaltete die Kammer im März eine Podiumsdiskussion. Meinhard von Gerkan berichtete von seinem erfolgreichen Prozess gegen die deutsche Bahn. Zu den weiteren Teilnehmern an der anschließenden Diskussion zählten Hemma Fasch, Andreas Lichtblau, Ute Woltron und die zahlreich erschienenen Gäste. ...

Die Mitglieder des Präsidiums und der Sektionsvorstände

STANDESVERTRETUNG Die Gremien der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland setzen sich seit 2007 wie folgt zusammen:

SEKTIONSVORSTAND INGENIEURKONSULENTEN

DREXLER Norbert, DI,
ZI für Kulturtechnik und
Wasserwirtschaft
FRIEDREICH Ortried, DI,
ZI für Bauwesen
FUCHS-STOLITZKA Johanna, DI,
IK für Vermessungswesen
GOBIET Andreas, DI, Präsident,
ZI für Bauwesen
GROH Matthäus, DI,
IK für Bauingenieurwesen
HAFERL Martin, DI,
ZI für Bauwesen
JOBST Markus, DI,
IK für Vermessungswesen
KERN Erich, DI, Stellvertreter,
IK für Bauingenieurwesen
KRAPPENBAUER Robert M., DI,
IK für Bauingenieurwesen
LECHNER Hans, DI Univ.-Prof.,
ZI für Hochbau
MIKURA Erik, Ing. Dr. phil.,
IK für Technische Geologie
NADLER Friedrich, DI Dr. techn.,
ZI für Bauwesen
POLLY Hans, BR h. c., DI, Vorsitzen-
der, IK für Vermessungswesen

PORSCH Karl Heinz, DI, IK für
Raumplanung und Raumordnung
RAGOSSNIG-ANGST Michaela, DI,
IK für Vermessungswesen

SEKTIONSVORSTAND ARCHITEKTEN

Vorsitzender
KRATSCHMER Thomas
(seit Juli 2007)
DI DRIENDL Georg, Mag. arch.
(Rücktritt Juni 2007)
EGGL Karl-Heinz, DI
(seit Juni 2007)
FRÖCH Katharina, DI
(seit September 2007)
FRANK Andrea, DI
(bis September 2007)
GEISWINKLER Markus, DI
(seit Oktober 2007)
HAYDE Dieter, DI
JANOWETZ Ulrike Johanna, DI
KEMPF Hubert, DI
KRAUS Robert, DI
LICHTBLAU Andreas, DI
(Rücktritt Oktober 2007)
NEIGER Werner, DI, Stellvertreter
PIRCHER Peter, DI
PODSEDENSK Peter, DI

ROLLWAGEN Rudolf, DI
SIMLINGER Berndt, DI
TOMES Evelyne, DI
ZACEK Patricia, DI Dr. techn.

KAMMERSVORSTAND

DRIENDL Georg, Mag. arch.,
Architekt (bis Juni 2007)
LICHTBLAU Andreas, DI, Architekt
(bis Oktober 2007)
JANOWETZ Ulrike Johanna, DI,
Architektin (seit Oktober 2007)
FRIEDREICH Ortried, DI,
ZI für Bauwesen
GOBIET Andreas, DI,
ZI für Bauwesen
HAFERL Martin, DI,
ZI für Bauwesen
HAYDE Dieter, DI, Architekt
KERN Erich, DI,
IK für Bauingenieurwesen
KRAPPENBAUER Robert M., DI,
ZI für Bauwesen
KRATSCHMER Thomas, DI, Architekt
NADLER Friedrich, DI Dr. techn.,
ZI für Bauwesen
NEIGER Werner, DI, Architekt
PIRCHER Peter, DI, Architekt
POLLY Hans, BR h. c. DI,

IK für Vermessungswesen
ROLLWAGEN Rudolf, DI, Architekt
TOMES Evelyne, DI, Architektin

MITGLIEDER PRÄSIDIUM

DRIENDL Georg, Mag. arch.
(bis Juni 2007)
Kratschmer Thomas, DI
(seit Juli 2007)
GOBIET Andreas, DI
KERN Erich, DI
NEIGER Werner, DI
PIRCHER Peter, DI
POLLY Hans, BR h. c. DI

GREMIIEN DER ARCHITEKTEN

Ausschuss Dienstleistungen
Vorsitz: SIMLINGER Berndt, DI
**Ausschuss Leistungsordnung
und Vertragswesen**
Vorsitz: KEMPF Hubert, DI
Ausschuss Städtebau
Vorsitz: ROLLWAGEN Rudolf, DI
**Ausschuss Vergabe Wettbewerb
und Vergabeverfahren**
Vorsitz: SCHLUDER Michael, DI

GREMIIEN DER INGENIEURKONSULENTEN

Fachgruppe Industrielle Technik
Vorsitz: KOTKATA Nabil, DI,
ZI für Elektrotechnik
**Fachgruppe Informations-
technologie**
Vorsitz: PRENTNER Wolfgang H.,
DI Dr. techn., IK für Informatik
**Fachgruppe Raumplanung und
Raumordnung**
Vorsitz: PORSCH Karl Heinz, DI, IK
für Raumplanung und Raumordnung
Fachgruppe Vermessungswesen
Vorsitz: HORVATH Johann, DI,
IK für Vermessungswesen
Ausschuss Vergabe
Vorsitz: NADLER Friedrich, DI,
Dr. techn., ZI für Bauwesen
Ausschuss Wasserwirtschaft
Vorsitz: DREXLER Norbert, DI,
ZI für Kulturtechnik und
Wasserwirtschaft
**Erfahrungsaustausch
„Besondere Befugnisse“
(Seltene Befugnisse)**
Leitung: MIKURA Erik, Ing. Dr. phil.,
IK für Technische Geologie

STATISTIK: ALLE ZAHLEN, DATEN & FAKTEN

Das Jahr 2007 auf einen Blick: Wie es den Mitgliedern der Kammer in diesem Jahr ergangen ist. Gut.

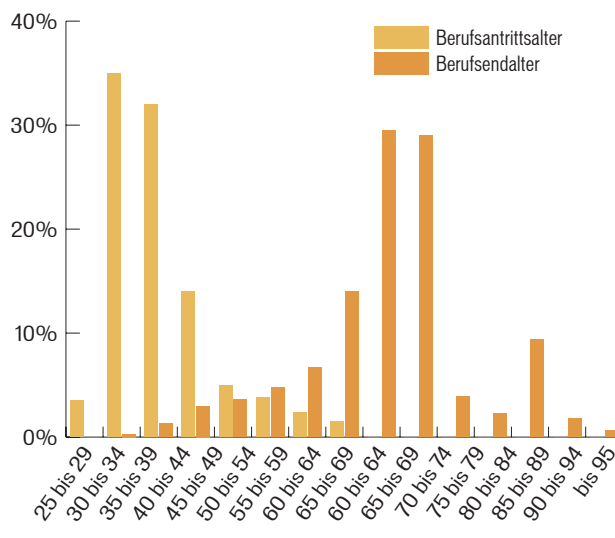
Die Mitglieder-Befugnisse Wien, NÖ, Bgld.

	Aufrecht	Ruhend*	Summe
Architekten	1.128	688	1.816
Ingenieurkonsulenten	763	544	1.307
Bauingenieurwesen	343	174	517
Kulturtechnik und Wasserwirtschaft	103	57	160
Maschinenbau	53	65	118
Vermessungswesen	82	31	113
Hochbau	44	37	81
Elektrotechnik	20	31	51
Technische Chemie	23	29	52
Technische Physik	16	26	42
Raumplanung und Raumordnung	18	14	32
Landwirtschaft	4	14	18
Landschaftsplanung und Landschaftspflege	14	7	21
Forst- und Holzwirtschaft	5	11	16
Lebensmittel- und Gärungstechnologie	2	8	10
Wirtschaftsingenieurwesen im Maschinenbau	3	7	10
Informatik	6	2	8
Wirtschaftsingenieurwesen im Bauwesen	3	4	7
Technische Geologie	7	1	8
Gas- und Feuerungstechnik	2	4	6
Chemie	1	4	5
Geographie	4	4	4
Erdwissenschaften (Geologie)	1	3	4
Erdölwesen	3	3	3
Lebensmittel- und Biotechnologie	1	2	3
Innenarchitektur	1	1	2
Ingenieurgeologie	2	2	2
Schiffstechnik	2	2	2
Technische Mathematik	2	2	2
Informationstechnologie		1	1
Markscheidewesen		1	1
Hüttenwesen		1	1
Kunststofftechnik		1	1
Biologie		1	1
Verfahrenstechnik	1	1	1
Maschinenbau - Schiffstechnik	1	1	1
Werkstoffwissenschaften	1	1	1
Erdwissenschaften (Mineralogie)	1	1	1
Wirtschaftsingenieurwesen für Informatik	1	1	1
Gesamt	1.891	1.232	3.123

* inklusive Pensionisten

Die Berufspraxis: Start und Ende

Zwei Drittel der Kammermitglieder starten ihr Unternehmen im Alter zwischen 30 und 40 Jahren. Beim Berufsende gibt es zwei Spitzen: den Pensionsantritt im Alter von 65 bzw. mit 70 Jahren. Ausnahmen bestätigen die Regel: Der altersmäßig jüngste Eintritt ist jener von DI Florian Molzbichler, geboren 1979. Er löste seine Befugnis mit 26,4 Jahren. Danach folgt BR h. c. Mag. arch. Dr. tech. Peter Czernin, geboren 1932. Er wurde 1959 im Alter von 27 Jahren Mitglied und ist heute noch immer aktiv. Unser am längsten aktives Mitglied ist mit Start 1952 DI Dr. Viktor Stehno, geboren 1916 und also 95 Jahre alt. Wir haben auch Späteinsteiger: DI Dr. tech. Johann Kreiner hatte seine Befugnis viele Jahre ruhend und wurde mit 77,7 Jahren wieder aktiv und ist dies nun seit vier Jahren.



Die Kammermitglieder: Struktur und Status

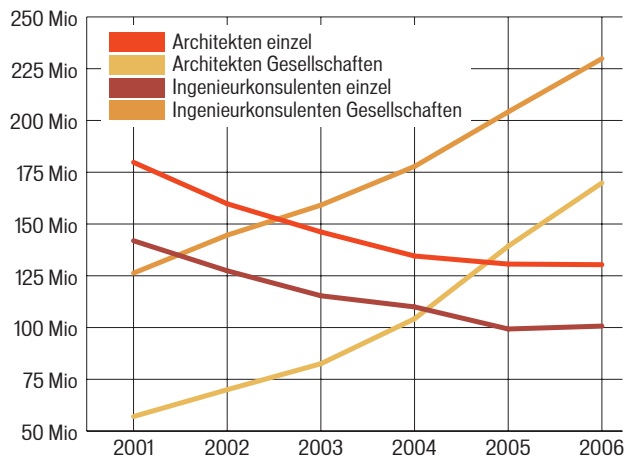
Die Anzahl der ArchitektInnen in unserer Länderkammer ist seit dem Jahr 2000 von 949 auf 1.122 aufrechte Befugnisse, also um 18 Prozent, gestiegen, davon sind 149 Frauen. Die Zahl der IngenieurkonsulentInnen mit aufrechter Befugnis liegt konstant bei rund 750, davon sind leider nur 27 Frauen. Die Tabelle erfasst all jene Befugnisse, die von natürlichen Personen getragen werden.

	Burgenland		Niederösterreich		Wien		sonstige	gesamt
	aufrecht	ruhend*	aufrecht	ruhend*	aufrecht	ruhend	ruhend*	
Architekten	25	9	191	57	757	262	2	1.303
	3	3	21	27	125	72	1	252
Ingenieurkonsulenten	36	11	276	123	420	206	5	1.077
	-	-	5	7	22	16	1	51
gesamt	64	23	493	214	1.324	556	9	2.683

* ohne Pensionisten

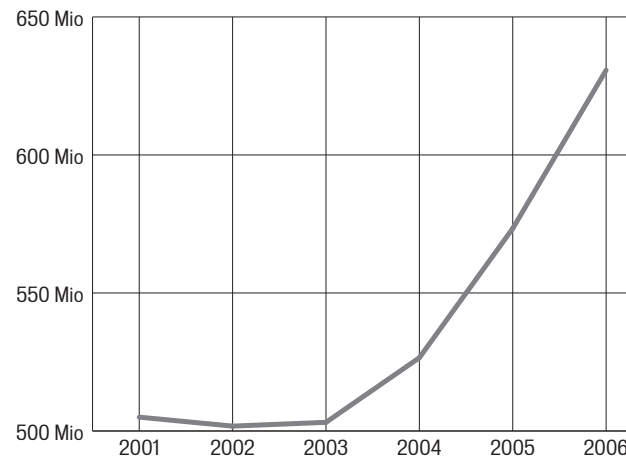
Die Umsätze 2001-2006: Einzel- und Kapitalfirmen

Die Umsätze sowohl der ZT-Gesellschaften Architekten als auch der Ingenieurkonsulenten nehmen deutlich zu, während sie bei Einzelunternehmern rückläufig sind.



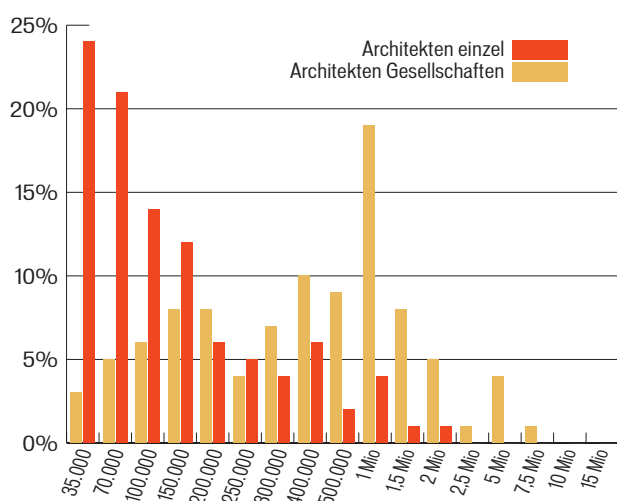
Die Umsätze 2001-2006: Alle Kammermitglieder

Erfreulicherweise sind die Umsätze der Kammermitglieder seit 2003 von 500 Millionen auf (prognostiziert) rund 630 Millionen, also um 26 Prozent, gestiegen.



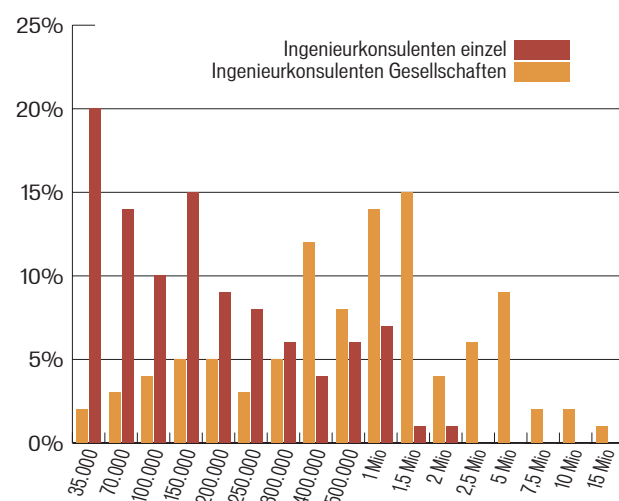
Die Umsatzverteilung: Architekten 2005

60% der Architekten mit Umsätzen erwirtschaften einen Umsatz von unter € 100.000, davon 24% unter € 35.000. In der oberen Liga wird es für Einzelunternehmer immer dünner, dagegen machen rund 45% der ZT-Gesellschaften Umsätze mit mehr als € 1 Mio.



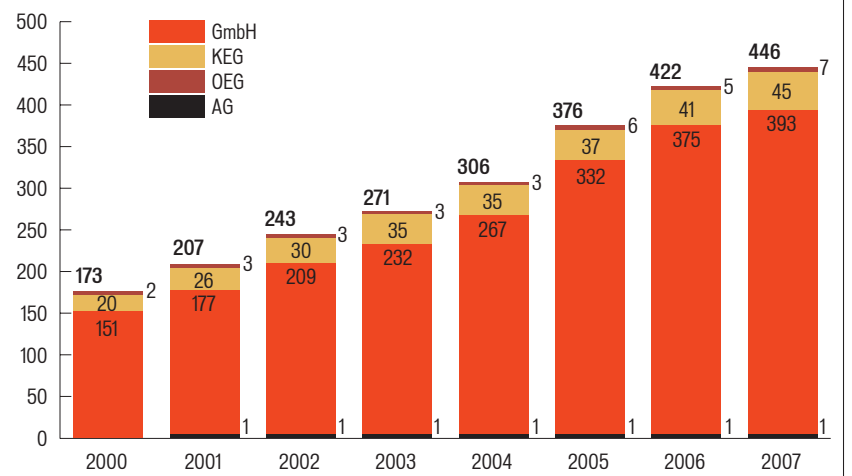
Die Umsatzverteilung: Ingenieurkonsulenten 2005

60% der Ingenieurkonsulenten mit Umsätzen erwirtschaften einen Umsatz bis € 150.000, davon 20% unter € 35.000. Bei den Umsätzen darüber steigt die Kurve zugunsten der Gesellschaften.



Die Mitglieder-Gesellschaften nach Rechtsformen 2000-2007

Seit dem Jahr 2000 ist die Anzahl der Gesellschaften von 173 auf 446, also um beinahe 160 Prozent, gestiegen.



Aus den Akten der Kammer

DISZIPLINARVERFAHREN

Im Berichtszeitraum wurden 19 Disziplinarfälle aus den Vorjahren erledigt sowie 28 Neuzugänge registriert.

SCHLICHTUNGEN

Bei Streitigkeiten zwischen Ziviltechnikern sieht das Gesetz vor Einbringung einer zivilrechtlichen Klage ein Schlichtungsverfahren im Beisein eines Schlichters vor. Die Schlichter sind ehrenamtlich tätige Kammermitglieder. Im Berichtszeitraum wurden 7 Schlichtungen durchgeführt. In 6 Fällen konnte eine Einigung erzielt und damit ein zivilrechtliches Verfahren vermieden werden.

DIENSTLEISTUNGSANZEIGEN

Sofern eine lediglich temporäre projektbezogene grenzüberschreitende Dienstleistung erbracht werden soll, ist bei der jeweiligen Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten, in deren Bereich die Leistung erbracht werden soll, eine Dienstleistungsanzeige einzubringen.

Jahr	2002	2003	2004	2005	2006	2007 (bis Okt.)
Dienstleistungsanzeigen	21	29	39	42	54	98

NIEDERLASSUNGSANSUCHEN

EU-Bürger, deren Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit in Österreich liegt, haben die Möglichkeit, mittels Niederlassungsantrag die österreichische Berufsberechtigung als Ziviltechniker zu erlangen.

Jahr	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007 (bis Okt.)
Niederlassungen	5	8	7	4	6	7	15	10	8	17

Rechnungsabschluss 2006

Zahl	Bezeichnung	RA 2005 (in EUR 1.000)	VA 2006 (in EUR 1.000)	RA 2006 (in EUR 1.000)
1.	Erlöse	2.000	1.970	2.005
	Erlöse aus Kammerumlagen	2.000	1.970	2.005
2.	Sonstige betriebliche Erträge	126	91	175
3.	Personalaufwand	-586	-589	-563
	b) Gehälter	-459	-456	-437
	c) Aufwendungen für Abfertigungen	-17	-4	-15
	Abgaben und Pflichtbeiträge	-101	-122	-99
	f) Sonstige Sozialaufwendungen	-9	-7	-11
4.	Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-59	-52	-48
5.	Ermessensausgaben	-285	-316	-312
	a) Periodische Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit	-229	-240	-232
	Aufwand gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit	-36	-50	0
	Dotierung RST für gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit	-14	0	-50
	Aufwand Öffentlichkeitsarbeit der Sektion Architekten	-38	-75	-20
	Dotierung RST für Öffentlichkeitsarbeit Sektion Architekten	-37	0	-55
	Aufwand Öffentlichkeitsarbeit der Sektion Ingenieurkonsulenten	-18	-75	-3
	Dotierung RST für Öffentlichkeitsarbeit Sektion Ingenieurkonsulenten	-57	0	-72
	Aufwand Kammerzeitung	-29	-40	-32
	b) Experten und Vertretungskosten	-46	-65	-49
	Honorare für Gutachten und Expertisen	-46	-65	-49
	Aufwand Vertretungskosten		0	0
	c) Unterstützungen und sonstige Aufwendungen	-10	-11	-30
	Fahrtkosten und Spesen Funktionäre	-5	-7	-14
	Bewirtung Funktionäre	-3	-3	-16
	Sonstiger Aufwand	-1	-1	0
6.	Sonstige gebundene Aufwendungen	-1.146	-1.198	-1.116
	a) Betriebskosten	-106	-69	-74
	Reparaturen und Instandhaltung	-46	-12	-12
	Energiekosten (Heizung, Strom)	-16	-15	-18
	Mietaufwand	-4	0	-3
	Betriebskostenaufwendungen	-21	-27	-23
	Versicherungen für Gebäude und Einrichtung	-2	-3	-2
	Sonstige Raumkosten	-17	-12	-16
	b) Verwaltungskosten	-23	-28	-36
	Telefon und Telefax	-5	-5	-5
	Sonstiger Nachrichtenaufwand, Online-Dienste	0	-5	-1
	Porti	-11	-11	-23
	Zustelldienste (Botenfahrten)	-1	-2	-1
	Spesen des Geldverkehrs	-6	-5	-6
	c) Materialaufwand	-39	-55	-29
	EDV-Material	0	-1	0
	Büromaterial und Drucksorten	-36	-35	-26
	Kopierkosten	0	-15	
	Fachliteratur und Zeitungen	-3	-4	-3
	d) Bezogene Leistungen	-97	-87	-100
	Sonstige Versicherungen (außer Gebäude u. Einrichtung)	-3	-3	-3
	Rechts- und Beratungsaufwand (außer Ermessensausgaben)	-6	-2	
	Buchhaltungskosten, Bilanzierung und Lohnverrechnung	-15	-19	-26
	Aus- und Fortbildung Dienstnehmer	-2	-5	-2
	Personalsuche	-1	-2	-1
	Servicekosten EDV, Wartungsgebühren	-70	-56	-68
	e) Mitgliederbezogener Aufwand	-860	-936	-859
	Disziplinaraufwand	-7	-12	-11
	Bundeskammerumlage	-805	-805	-804
	Druckkosten	-10	-60	-33
	Sonstige	-39	-59	-10
	f) Fahrt-, Reisespesen und Spesenersatz	-5	-8	-6
	Steuerfreie Reisekostenvergütungen Dienstnehmer (km-Geld, Diäten)	-5	-6	-5
	Reise- und Fahrtspesen allgemein (außer Ermessensausgaben)	0	0	
	Sonstige Spesen	0	-2	-2
	g) Sonstiger Aufwand	-16	-15	-11
7.	BETRIEBSERFOLG (Zwischensumme 1 bis 6)	50	-94	143
8.	Erträge aus Beteiligungen	0	30	0
9.	Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	40	14	111
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18	16	11
11.	Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	0	0	1
12.	Aufwendungen aus Finanzanlagen	0	0	-60
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
14.	FINANZERFOLG (Zwischensumme 8 bis 13)	58	60	63
15.	ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT (1 + 14)	108	-34	206
16.	Außerordentliche Erträge	0	0	0
17.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
18.	AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS (16 - 17)	0	0	0
19.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5	-6	-4
20.	JAHRESÜBERSCHUSS/JAHRESFEHLBETRAG (15 + 18 - 19)	103	-40	201
21.	Auflösung von Gewinnrücklagen und Fonds	0	40	0
22.	Zuweisung zu Gewinnrücklagen und Dotierung von Fonds	-103	0	-201
23.	GEBARUNGSÜBERSCHUSS BZW. -ABGANG LAUFENDES JAHR	0	0	0

Rechnungsprüfbericht 2006

der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland, erstellt von

Dipl.-Ing. Wolfgang Poppe,
Zivilingenieur für Bauwesen,
Lannerstraße 36/21, 1190 Wien

Dipl.-Ing. Herbert Bohrn, Architekt,
Neilreichgasse 193, 1230 Wien

1. ARCH+ING BILDUNGS- UND DIENSTLEISTUNGS-GESMBH BESTELLUNG

Wir wurden von der Kammervollversammlung am 30.11.2006 zu Rechnungsprüfern der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland für das Geschäftsjahr 2006 bestellt.

Ebenso wurde uns der Auftrag erteilt, die Arch+Ing Bildungs- und DienstleistungsgesmbH, deren einziger Gesellschafter die Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland ist, für das Geschäftsjahr 2006 zu prüfen.

2. AUSKUNFTSERTEILUNG

Wir haben am 18.7.2007 mit dem Herrn Kammerdirektor, Mag. Staudinger, sowie einem Vertreter der HFP Steuerberater, Mag. Pointner, und dem Wirtschaftsprüfer Mag. Hammerschmid sowie seiner Mitarbeiterin Mag. Breyner ein Gespräch geführt, in dessen Rahmen uns der Wirtschaftsprüferbericht 2006 der Kammer sowie die Bilanz 2006 der Arch+Ing Bildungs- und DienstleistungsgesmbH präsentiert wurden.

Im Zuge dieses Gesprächs wurde auch die Finanzgebarung beider Einrichtungen besprochen. Die vorgelegten Berichte sowie dazugehörige erläuternde Bemerkungen haben wir intensiv studiert.

Am 22.8.2007 haben wir anlässlich einer Besprechung mit Herrn Mag. Staudinger eine stichprobenartige Prüfung von Belegen des Jahres 2006, und zwar

➤ die Bank- und Dispokonten für das komplette Jahr 2006

➤ dem Bankordner III-VIII/06,

➤ dem Kassaordner I-VI/06,

➤ die Scheckabbuchungen für IV-VII/06,

➤ dem Verrechnungskonto zwischen der Kammer und der Arch+Ing Bildungs- und DienstleistungsgesmbH,

in den Räumen der Kammerdirektion vorgenommen.

3. KAMMERSONDERVERMÖGEN

Ein Bericht betreffend das Kammersondervermögen wurde uns vorgelegt, wobei darauf hingewiesen sei, dass die Betreuung dieser Vermögenswerte auf Basis der Veranlagungsrichtlinie durch externe Portfoliomanager (Spängler Bank und Bank Privat) erfolgt. Die Entwicklung dieses Sondervermögens wurde uns vom Wirtschaftsprüfer anhand vorliegender Vermögensaufstellungen der Banken dargelegt und von uns kontrolliert.

Bei dieser Vermögensaufstellung wurde festgestellt, dass ein unbefriedigendes Ergebnis bei der Veranlagung des Sondervermögens erzielt wurde.

4. ERGEBNIS DER PRÜFUNG

a) *Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten*

Die Finanz- und Wirtschaftslage der Kammer stellte sich zum 31.12.2006 als sehr gut dar. Das Betriebsergebnis betrug um rund EUR 93.000 mehr als 2005 und um rund EUR 230.000 mehr als für 2006 veranschlagt, was hauptsächlich durch die bilanztechnisch erforderliche Auflösung von Rückstellungen für Öffentlichkeitsarbeit und Eingliederung in eine freie Rücklage bedingt ist.

Im Bereich der Ermessensausgaben, die gegenüber 2005 um EUR 27.000 anstiegen, wurde der für 2006 veranschlagte Wert mit EUR 312.000 um EUR 4.000 unterschritten.

Die sonstigen gebundenen Aufwendungen sanken gegenüber 2005 um EUR 30.000 und waren gegenüber dem für 2006 veranschlagten Wert um EUR 82.000 niedriger.

Die Reduktionen waren im Wesentlichen auf niedrigere Aufwendungen im Bereich der Betriebskosten, des Materialaufwandes, der Druckkosten und der sonstigen Aufwendungen zurückzuführen.

Im Einzelnen weisen wir beispielsweise auf folgende Positionen (mit Vergleichswert 2005) hin (in EUR 1.000):

	2006	2005
Personalaufwand	562	585
Reparatur und Instandhaltung	12	46
Aufwand für Kammerzeitung	32	29
Büromaterial und Drucksorten	2	4
Druckkosten	33	10
Honorare für Gutachter	49	46
Service- und Wartungskosten EDV	38	39

Ertragsseitig ist zu bemerken, dass zwar das Finanzergebnis gegenüber 2005 um EUR 5.000 auf EUR 63.200 angestiegen ist, uns insgesamt aber die Veranlagung des Finanzvermögens der Kammer optimierungsbedürftig erscheint. Die Rentabilität des – von externen Portfoliomanagern auf Grundlage der Veranlagungsrichtlinie verwalteten – Sondervermögens der Kammer liegt deutlich unter den am Geldmarkt erzielten Renditen und hat über die letzten sechs Jahre durchschnittlich weniger als 2% Rendite erzielt. Wir empfehlen den zuständigen Organen der Kammer, die Grundlagen des Vermögensmanagements neu zu organisieren, eine neue Ausschreibung für die Veranlagung des Sondervermögens durchzuführen und schließlich den Bestbieter mit der Verwaltung des Sondervermögens der Kammer zu beauftragen. Dies wäre verhältnismäßig sehr dringend durchzuführen, da, wie sich aus dem Ergebnis 2006 gezeigt hat, massive Verluste entstanden sind.

Die betriebswirtschaftlichen Analysen (z. B. Liquiditätsanalyse) sind dem Wirtschaftsprüferbericht der Alfida Beratungs-, Treuhand- und RevisionsgesmbH zu entnehmen. Auch wurden die Kennzahlen nach dem Unternehmensreorganisationsgesetz vom Wirtschaftsprüfer dargestellt und abschließend vermerkt, dass „... keinerlei Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfes vorliegen“.

b) *Arch+Ing Bildungs- und DienstleistungsgesmbH*

Die Arch+Ing Bildungs- und DienstleistungsgesmbH entwickelte sich im Bilanzjahr 2006 neuerlich ausgezeichnet, sowohl die Umsatzerlöse als auch der Jahresgewinn stiegen an. Neben den wirtschaftlichen Erfolgen dieser Einrichtung ist vor allem zu bemerken, dass die Fortbildung der Ziviltechniker durch diese gewährleistet ist und auch in der Öffentlichkeit diese Einrichtung höchst positiv aufgenommen wird.

Die Kostensituation dieser Gesellschaft ist bestens im Griff, und, wie das deutlich verbesserte Ergebnis zeigt, die Kosten steigen nicht in gleichem Umfang, wie sich die Erträge erhöhen.

Ausdrücklich möchten wir festhalten, dass wir, auch was diese Gesellschaft betrifft, die erwünschten Auskünfte jederzeit rasch und bereitwillig erhalten haben und wir durch Einsichtnahme in die Unterlagen den uns vorgelegten Jahresabschluss auf Plausibilität überprüfen konnten.

Das EGT der Gesellschaft stieg von rund EUR 169.600 (2005) auf EUR 194.400 im Berichtsjahr, wodurch auch das Eigenkapital der Gesellschaft deutlich verbessert werden konnte.

Die Entwicklung dieser Gesellschaft wird aufgrund von erhöhten Bemühungen, die Schulung und Fortbildung der Mitglieder weiterhin zu fördern, auch für die Folgejahre positiv prognostiziert.

5. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Wie schon vorher bemerkt haben sowohl die Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland wie auch die Arch+Ing Bildungs- und DienstleistungsgesmbH 2006 wieder wie im Jahre 2005 – mit Ausnahme der Verwaltung des Finanzvermögens – ausgezeichnet gewirtschaftet.

Angesichts der kontinuierlich guten Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der Arch+Ing Bildungs- und DienstleistungsgesmbH insbesondere in den letzten beiden Jahren scheint es uns geboten, hervorzuheben, dass die Gesellschaft offensichtlich ausgezeichnet strukturiert ist und eine produktive Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Geschäftsführung auf der einen und Geschäftsführung und MitarbeiterInnen auf der anderen Seite herrscht.

Jede von uns erwünschte Auskunft wurde vom Kammerdirektor bzw. den zuständigen KammermitarbeiterInnen jederzeit be-

••• 7 reitwillig und rasch erteilt, auch beispielsweise die Einsichtnahme in die Unterlagen funktionierte reibungslos.

Wir konnten uns insgesamt von einer ordentlichen, der Finanzhaushaltsordnung entsprechenden Führung des Rechnungswesens überzeugen.

Wir empfehlen dem Kammervorstand sowie der Kammervollversammlung daher, die Rechnungsabschlüsse 2006 der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland sowie der Arch+Ing Bildungs- und DienstleistungsgesmbH zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Wien, am 30. August 2007

NACHSATZ

Wir stellen fest, dass die als sehr gut zu bezeichnende Finanz- und Wirtschaftslage sowohl der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland wie auch der Arch+Ing Bildungs- und DienstleistungsgesmbH nicht zuletzt das Ergebnis einer ausgezeichneten und umsichtigen Geschäftsführung durch den Kammerdirektor und Geschäftsführer der Arch+Ing Bildungs- und DienstleistungsgesmbH, Mag. Staudinger, ist. Herrn Mag. Staudinger und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebührt dafür Respekt und Anerkennung.

Erläuterungen zum VA 2008

Präambel

Der vorliegende Voranschlag 2008 wurde auf Grundlage der von der Kammervollversammlung 2000 beschlossenen Finanzhaushaltsordnung erstellt. Das Gesamtvolumen beträgt EUR 2,26 Mio., wobei auf Erlöse aus Kammerumlagen EUR 2,1 Mio. entfallen.

EINNAHMEN

1.a Erlöse aus Kammerumlagen

Die Erlöse aus Kammerumlagen wurden mit insgesamt EUR 2,1 Mio. dotiert. Diese Zahl wurde auf Basis der Umsatzmeldungen von rund 70% der Mitglieder der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland per Ende Oktober 2007 nach dem Vorstandsprinzip hochgerechnet. Aufgrund des Hochrechnungscharakters kann sich dieser Wert naturgemäß ändern. Wesentlichen Einfluss auf die Höhe des tatsächlich realisierten Wertes hat die Entwicklung im Bereich der ZT-Gesellschaften (Anstieg der ZT-Gesellschaften, Zusammenrechnungen der Umsatzanteile Einzel-ZT, ZT-Gesellschaften).

Die der Berechnung zugrunde liegende Umlagenformel wird im gesondert dargestellten Umlagenbeschluss 2006 ausgeführt.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Aufgelöst werden die im Jahresabschluss 2006 enthaltenen Rückstellungen für Abschlusskosten und Öffentlichkeitsarbeit im Ausmaß von EUR 32.000. Die übrigen sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich zusammen aus Erlösen aus Weiterverrechnung von Leistungen an die Bundeskammer (EUR 4.000), Erlösen aus Eintragungsgebühren (EUR 21.000), Erlösen aus Disziplinarverfahren (EUR 4.000) und sonstigen Erträgen (EUR 20.000). Die Verringerung der sonstigen Erträge resultiert u. a. aus dem Wegfall der Erlöse aus Dienstleistungsanzeigen, die künftig aufgrund der EU-Gesetzgebung nicht mehr gemacht zu werden brauchen.

3. Personalaufwand

Der Personalaufwand steigt im Verhältnis zum Voranschlag 2007 um EUR 126.000. Dies resultiert neben den üblichen Gehaltsanpassungen aus > der Schaffung einer neuen Planstelle für eine Leiterin des Referats für Berufsrecht und -politik > aus der Aufwertung des Referats für Öffentlichkeitsarbeit und > des Referats für Wettbewerbe und Vergabeverfahren > sowie der Neudotierung einer Teilzeitstelle für die Betreuung der von der Bundeskammer betriebenen Internetplattform www.architekturwettbewerb.at

Der Personalaufwand wird als um Gestellungserlöse (ARGE PBE, Arch+Ing Bildungs- und DienstleistungsgesmbH) bereinigter Nettobetrag dargestellt.

4. Abschreibungen

Die Abschreibungen werden 2008 rund EUR 44.000 betragen und damit im Wesentlichen stabil bleiben. Für 2008 sind keine wesentlichen Investitionen geplant.

5. Ermessensausgaben

Für das Budgetjahr 2008 werden die Ermessensausgaben um EUR 22.000 erhöht.

Das Budget für gemeinsame Öffentlichkeit beträgt EUR 50.000.

Neu werden im Budget 2008 die in vorangegangenen Jahren „Aufwand Öffentlichkeitsarbeit Sektion Architekten“ bzw. „Aufwand Öffentlichkeitsarbeit Sektion Ingenieurkonsulenten“ bezeichneten Positionen nunmehr „Aufwand Sektion Ar-

chitekten“ und „Aufwand Sektion Ingenieurkonsulenten“ bezeichnet. Über diese Positionen soll von den Sektionen autonom verfügt werden können. Sie werden mit jeweils EUR 50.000 dotiert.

Der Aufwand für die Erstellung der Kammerzeitung „derPlan“ wurde ebenfalls mit EUR 48.000 dotiert.

Als neue Leistung wird 2008 der APA-online-Pressespiegel für Mitglieder eingeführt, der mit EUR 11.000 dotiert ist.

Die Kosten für „Honorare für Gutachten und Expertisen“ werden mit EUR 65.000 gleich hoch wie 2007 angesetzt. Damit werden Konsulentenleistungen sowie Gutachten durch externe Dienstleister bedeckt.

Die sonstigen Aufwendungen (Reisespesen, Sitzungsbewirtungen/Repräsentation sowie Fortbildung Funktionäre) wurden angepasst und mit EUR 16.000 festgesetzt.

6. Sonstige gebundene Aufwendungen

a) Betriebskosten

Die voraussichtlichen Betriebskosten werden um EUR 9.000 reduziert. Dies, weil die Reinigungskraft der Kammer aus der Mutterschaftskarenz zurückgekehrt ist und daher externe Reinigungskosten nicht mehr in Anspruch genommen werden müssen.

b) Verwaltungskosten

Die Verwaltungskosten werden sich 2008 um EUR 10.000 erhöhen, was auf den ab 1.1.2008 allen Mitgliedern zur Verfügung gestellten APA-Online-Pressespiegel zurückzuführen ist.

c) Materialaufwand

Der Materialaufwand wird im Vergleich zum 2007 veranschlagten Wert um EUR 20.000 niedriger ausfallen, da das gedruckte ZT-Verzeichnis den Mitgliedern künftig nicht mehr kostenlos zur Verfügung gestellt, sondern anstelle dessen die Verwendung des Online-Mitgliederverzeichnisses forciert werden soll.

d) Bezogene Leistungen

Die „Bezogenen Leistungen“ betragen insgesamt EUR 90.000, wobei mit EUR 55.000 der größte Teil auf die Servicierung technischer Geräte/Nutzungsgebühren/Wartung der EDV fällt.

e) Mitgliederbezogener Aufwand

Größte Position in diesem Budgetkapitel ist die Bundeskammerumlage mit EUR 833.000. Sie wurde gegenüber dem 2007 von der Bundeskammer vorgeschriebenen Betrag (EUR 782.000) um EUR 51.000 erhöht und damit über das Niveau der vergangenen Jahre gehoben. Die Aufwendungen für Druck und Grafik (Kammerzeitung, sonstige Drucksorten) wurden mit EUR 35.000 um EUR 5.000 geringer angesetzt.

7. Betriebserfolg

Der Betriebserfolg, also die Differenz aus Erlösen und Aufwendungen, ergibt EUR -64.000.

14. Finanzerfolg

Dem Grundsatz der vorsichtigen Budgetierung folgend, wird der Finanzerfolg analog zum Ergebnis 2006 mit EUR 69.000 veranschlagt. Die im 100%igen Eigentum der Kammer stehende Arch+Ing Bildungs- und DienstleistungsgesmbH wird 2008 aus dem Ergebnis 2006 wiederum EUR 30.000 Kapital an die Kammer rückführen. Dies wird durch eine erfolgreiche Geschäftsentwicklung der Arch+Ing Bildungs- und DienstleistungsgesmbH ermöglicht.

15. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Betriebserfolg und Finanzerfolg ergeben ein EGT in der Höhe von EUR 5.000.

19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Bei diesem Ansatz (EUR -5.000) handelt es sich um die Kapitalertragsteuer für Zinserträge.

Voranschlag 2008

Zahl	Bezeichnung	RA 2006 (in EUR 1.000)	VA 2007 (in EUR 1.000)	VA 2008 (in EUR 1.000)
1.	Erlöse	2.005	2.020	2.111
	Erlöse aus Kammerumlagen	2.005	2.020	2.111
2.	Sonstige betriebliche Erträge	175	67	81
3.	Personalaufwand	-563	-639	-765
4.	Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-48	-56	-44
5.	Ermessensausgaben	-312	-283	-305
	a) Periodische Publikationen, Öffentlichkeitsarbeit und Aufwand Sektionen	-232	-200	-209
	Aufwand gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit	0	-50	-50
	Dotierung RST für gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit	-50	0	
	Aufwand Sektion Architekten	-20	-50	-50
	Dotierung RST für Öffentlichkeitsarbeit Sektion Architekten	-55	0	
	Aufwand Sektion Ingenieurkonsulenten	-3	-50	-50
	Dotierung RST für Öffentlichkeitsarbeit Sektion Ingenieurkonsulenten	-72	0	
	Aufwand Kammerzeitung	-32	-50	-48
	APA-online-Pressespiegel für Mitglieder			-11
	b) Experten und Vertretungskosten	-49	-65	-65
	c) Sonstige Aufwendungen	-30	-18	-31
	Fahrtkosten und Spesen Funktionäre	-14	-10	-10
	Bewirtung Sitzungen und Repräsentationsaufwand	-16	-5	-16
	Sonstiger Aufwand	0	-3	-5
6.	Sonstige gebundene Aufwendungen	-1.116	-1.050	-1.142
	a) Betriebskosten	-74	-60	-64
	Reparaturen und Instandhaltung	-12	-11	-12
	Energiekosten (Heizung, Strom)	-18	-18	-18
	Mietaufwand	-3	0	-3
	Betriebskostenaufwendungen	-23	-24	-24
	Versicherungen für Gebäude und Einrichtung	-2	-3	-2
	Sonstige Raumkosten	-16	-4	-5
	b) Verwaltungskosten	-36	-27	-26
	Telefon und Telefax	-5	-6	-6
	Sonstiger Nachrichtenaufwand, Online-Dienste	-1	0	0
	Porti	-23	-13	-13
	Zustelldienste (Botenfahrten)	-1	-2	-1
	Spesen des Geldverkehrs	-6	-6	-6
	c) Materialaufwand	-29	-48	-25
	EDV-Material	0	0	
	Büromaterial und Drucksorten	-26	-28	-8
	Kopierkosten		-15	-13
	Fachliteratur und Zeitungen	-3	-5	-4
	d) Bezogene Leistungen	-100	-92	-94
	Sonstige Versicherungen (außer Gebäude und Einrichtung)	-3	-4	-4
	Rechts- und Beratungsaufwand (außer Ermessensausgaben)		-5	-2
	Lohnverrechnung, Bilanzierung, Wirtschaftsprüfung	-26	-20	-25
	Aus- und Fortbildung Dienstnehmer	-2	-5	-5
	Personalsuche	-1	-3	-3
	Servicekosten EDV, Wartungsgebühren	-68	-55	-55
	e) Mitgliederbezogener Aufwand	-859	-798	-914
	Disziplinaraufwand	-11	-5	-12
	Bundeskammerumlage	-804	-700	-833
	Druck und Grafik	-33	-40	-35
	Sonstige	-10	-53	-34
	f) Fahrt-, Reisespesen und Spesenersatz	-6	-11	-11
	Reisekostenvergütungen Dienstnehmer (km-Geld, Diäten)	-5	0	
	Reise- und Fahrtspesen allgemein (außer Ermessensausgaben)		-9	-9
	Sonstige Spesen	-2	-2	-2
	g) Sonstiger Aufwand	-11	-14	-8
7.	BETRIEBSERFOLG (Zwischensumme 1 bis 6)	143	59	-64
8.	Erträge aus Beteiligungen	0	30	30
9.	Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	111	10	20
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	12	19
11.	Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen	1	0	
12.	Aufwendungen aus Finanzanlagen	-60	0	
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	
14.	FINANZERFOLG (Zwischensumme 8 bis 13)	63	52	69
15.	ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT (7 + 14)	206	111	5
16.	Außerordentliche Erträge	0	0	0
17.	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
18.	AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS (16-17)	0	0	0
19.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-4	-6	-5
20.	JAHRESÜBERSCHUSS/JAHRESFEHLBETRAG (15 + 18 - 19)	201	105	0
21.	Auflösung von Gewinnrücklagen und Fonds	0		0
22.	Zuweisung zu Gewinnrücklagen und Dotierung von Fonds	-201	-105	
23.	GEBARUNGSÜBERSCHUSS BZW. -ABGANG LAUFENDES JAHR	0	0	0

UMLAGENBESCHLUSS 2008

§ 1 Allgemeines

Gem. § 11 Abs. 4 i.V.m. §§ 51 und 52 ZTKG 1993 hat die Kammerversammlung der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland in ihrer Sitzung vom 5. Dezember 2007 nachstehenden Umlagenbeschluss für die Ermittlung und Einhebung der Kammerumlage für das Kalenderjahr 2008 gefasst.

§ 2 Bemessungsgrundlage

Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Kammerumlage ist, soweit im Folgenden nicht anders bestimmt, bei Einzelmitgliedern wie bei Ziviltechnikergesellschaften der gesamte im Kalenderjahr 2006 erzielte Nettoumsatz ohne Umsatzsteuer aus Ziviltechnikertätigkeit abzüglich

- Z 1) außerhalb Europas erzielte Umsätze,
 - Z 2) Durchläufer aus der Weiterbeauftragung an andere Ziviltechniker oder Ziviltechnikergesellschaften aus dem Kammerbereich der LKWNB.
- Sofern Mitglieder (ZT-Gesellschaften) im Rahmen eines „schiefen Wirtschaftsjahres“ tätig sind, kann auf Antrag die Bemessungsgrundlage wie folgt festgelegt werden: Es gilt der Nettoumsatz des Wirtschaftsjahres, das im Kalenderjahr 2005 endet, als Bemessungsgrundlage. Sofern für Umsatzanteile aus dem Kalenderjahr 2004 bereits eine Kammerumlage entrichtet wurde, dürfen diese Anteile abgezogen werden. Im Übrigen gilt Z 1) und Z 2).

§ 3 Erfassungsstichtag

Maßgeblicher Stichtag für alle mit diesem Beschluss verbundenen Staturerhebungen (Erfassungsstichtag) ist der 1. Dezember 2007.

§ 4 Ermittlung der Kammerumlage für Einzelmitglieder

(1) Die Kammerumlage wird auf Basis des Umsatzes gem. § 2 in EUR nach folgender Formel ermittelt:

$$1,9 \times (\text{Umsatz})^{0,5083}$$

(2) Die auf diese Weise ermittelte Umlage beträgt jedoch mindestens EUR 590, höchstens aber EUR 4.829.

(3) Bei gänzlichem Ruhen der Befugnis über das Beitragsjahr 2008 beträgt die Umlage ohne Ansehung des 2006 getätigten Umsatzes EUR 260.

(4) Für Umsätze, die als Einzelmitglied neben beitragspflichtigen Umsätzen aus einer ZT-Gesellschaft erwirtschaftet wurden, erfolgt die Umlagenberechnung in derselben Weise, jedoch ohne Zustimmung einer Mindestumlage gem. Abs. 2.

§ 5 Ermittlung der Kammerumlage für ZT-Gesellschaften

(1) ZT-Gesellschaften iS des § 21 ZTG 1993, also jene, die als KG, OG, GmbH oder AG organisiert sind, gelten für Zwecke der Umlagenberechnung als gesamtschuldnerisch haftende Gemeinschaft der in ihnen vereinigten Mitglieder. Die Umlage wird daher diesfalls der Gesellschaft als Ganzes vorgeschrieben.

(2) Auf schriftlichen Antrag oder im Falle einer notwendigen Exekution wird die für die Gesellschaft ermittelte Umlage nach den Gesellschaftsanteilen der Mitglieder mit aufrechter Befugnis, sind diese nicht festgelegt oder nicht ermittelbar, nach Köpfen unter diesen geteilt und von den einzelnen Mitgliedern mit aufrechter Befugnis eingefordert.

(3) Bei der Teilung gem. Abs. 2 werden Gesellschaftsanteile von Gesellschaftern, die Mitglieder der LKWNB mit ruhender Befugnis sind, und Gesellschaftsanteile von Gesellschaftern, die nicht Mitglieder der LKWNB sind, insoweit berücksichtigt, als deren Anteile den Anteilen der Mitglieder mit aufrechter Befugnis verhältnismäßig zugeordnet werden. Anteile von Mitgliedern anderer Länderkammern werden in Abzug gebracht, wenn mit dem Antrag nachgewiesen wird, dass für die deren Gesellschaftsanteile entsprechenden Umsätze Umlage an die Länderkammer, in deren Wirkungsbereich das betreffende Mitglied seinen Sitz hat, abgeführt wird.

(4) Die Kammerumlage wird auf Basis des Umsatzes gem. § 2 in EUR nachfolgender Formel ermittelt:

$$1,9 \times (\text{Umsatz})^{0,5083}$$

(5) Die auf diese Weise ermittelte Umlage beträgt jedoch in Abhängigkeit der Anzahl der Gesellschafter mit aufrechter Befugnis, die Mitglied der LKWNB sind, mindestens EUR 800 bei einem Gesellschafter, EUR 1180 bei zwei bis vier Gesellschaftern, EUR 260 x Anzahl der Gesellschafter bei mehr als vier Gesellschaftern.

Die Kammerumlage beträgt höchstens EUR 4.829.

Statusänderungen

§ 6 Ruhen der Befugnis

(1) Auf Antrag ist ein Mitglied, das erklärt, im Jahr 2008 durchgehend seine Befugnis ruhen zu

lassen, für die Kammerumlage vorläufig der Mindestbetrag gem. § 4 Abs. 3 unabhängig von der Höhe der im Jahr 2006 erzielten Umsätze vorzuschreiben. Die restliche auf Umsatzbasis ermittelte Umlage wird ihm vorläufig gestundet. Meldet das betreffende Mitglied seine Befugnis jedoch während des Kalenderjahres - und sei es auch nur für kurze Zeit - aufrecht, ist der im Jahr 2006 erzielte Umsatz zur Gänze zur Berechnung der Umlagenhöhe heranzuziehen und der entsprechende Betrag nachzufordern. Die Mindestumlage beträgt diesfalls den in § 4 Abs. 2 festgelegten Wert. Ebenfalls ist die Umlage nachzufordern, falls der nach Abschluss des Kalenderjahres in diesem Fall vorzulegende Nachweis, dass im entsprechenden Zeitraum tatsächlich keine Umsätze aus ZT-Tätigkeit erzielt wurden, misslingt. Als Nachweis kommen der Umsatzbescheid oder das Testat eines befugten und beideten Wirtschaftstreuhänders in Betracht.

(2) Für Mitglieder, die ihre Befugnis vor dem 1.12.2007 ruhend gemeldet hatten, gilt die widerlegbare Annahme, dass sie diesen Status auch für das Beitragsjahr 2008 beibehalten werden. Diesfalls kann ein Antrag im Sinne des Abs. 1 unterbleiben, es wird automatisch die Umlage gem. § 4 Abs. 3 vorgeschrieben.

(3) Auf Antrag ist ein Mitglied, das während des Kalenderjahres 2008 erklärt, seine Befugnis künftig wegen des Bezuges von Leistungen aus den Wohlfahrtsleistungen der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten oder von Leistungen aus einer staatlichen Pensionsversicherung (ASVG, GSVG und dergleichen) ruhen zu lassen, die Kammerumlage ausschließlich für den Zeitraum des Nichtbezuges dieser Leistungen, aliquotiert nach Kalendermonaten, vorzuschreiben.

Meldet das betreffende Mitglied seine Befugnis jedoch während des Kalenderjahres nach erfolgtem Antrag - und sei es auch nur für kurze Zeit - aufrecht, ist der im Jahr 2006 erzielte Umsatz zur Gänze zur Berechnung der Umlagenhöhe heranzuziehen und der entsprechende Betrag nachzufordern.

(4) In allen anderen Fällen bleibt ein Ruhen der Befugnis für die Berechnung der Kammerumlage unbeachtlich.

§ 7 Zurücklegung der Befugnis, Tod

(1) Legt ein Mitglied während des Kalenderjahres 2008 seine Befugnis freiwillig zurück, ist die Kammerumlage ausschließlich für den Zeitraum der Innehabung der Befugnis, aliquotiert nach Kalendermonaten, zu leisten.

(2) Verstorbt ein Mitglied während des Kalenderjahres, ist die Kammerumlage ausschließlich für den Zeitraum der Innehabung der Befugnis, aliquotiert nach Kalendermonaten, zu leisten. Offene Forderungen richten sich gegen den Nachlass, bestehende Guthaben sind diesem zu überantworten.

§ 8 Verlust der Befugnis

Verlust der Befugnis durch Entzug oder Insolvenz während des Kalenderjahres 2008 lassen die Umlagenforderung unberührt. Offene Forderungen sind im Insolvenzfall an die Masse zu richten, bestehende Guthaben sind dieser zu überantworten.

§ 9 Statusänderungen einer ZT-Gesellschaft - Ausscheiden eines Gesellschafters

(1) Wird eine ZT-Gesellschaft während des Jahres 2008 aufgelöst, gilt die Gesellschaft nur für den Zeitraum des Bestandes als gesamtschuldnerisch haftende Gemeinschaft ihrer Mitglieder und wird ihr die Kammerumlage nur für diesen Zeitraum, aliquotiert nach Kalendermonaten, vorgeschrieben. Die von der Aliquotierung nicht erfassten Umsätze werden den Gesellschaftern, die Mitglieder der LKWNB sind, nach Anteilen, sind diese nicht festgelegt oder können sie nicht ermittelt werden, nach Köpfen, als Einzelumsätze zugerechnet, wobei diesfalls die Mindestumlage gem. § 4 Abs. 2 nicht zur Anwendung kommt. Allfällige geleistete Überzahlungen werden auf Antrag den ehemaligen Gesellschaftern nach Gesellschaftsanteilen refundiert.

(2) Scheidet ein Gesellschafter während des Beitragsjahres aus der Gesellschaft aus, so ist diesem als Einzelmitglied die Kammerumlage gem. § 4 Abs. 2 bzw. Abs. 3 vorzuschreiben, wobei der Monat des Ausscheidens nicht mitzählt.

§ 10 Neumitglieder

(1) Im Jahr 2008 eintretende Mitglieder sind im Kalenderjahr 2008 von der Kammerumlage gem. § 4 Abs. 2 bzw. Abs. 3 befreit.

(2) Nach dem Kalenderjahr der Eintragung wird Neumitgliedern in jenem Kalenderjahr die halbe Kammerumlage gem. § 4 Abs. 2 vorgeschrieben, in dem die Befugnis erstmals aufrecht gemeldet ist. Im darauffolgenden Jahr werden bei aufrechter Befugnis 75% der Kammerumlage gem. § 4 Abs. 2 vorgeschrieben.

§ 11 Gründung einer ZT-Gesellschaft

(1) Einer ZT-Gesellschaft, die nach dem Erfassungsstichtag gegründet wurde, ist die Mindestumlage gem. § 5 Abs. 5 jedoch aliquotiert nach Kalendermonaten vorzuschreiben. Der Monat, in dem die Eintragung in das Firmenbuch erfolgt ist, zählt mit. Forderungen gegen Gesellschafter, die Mitglieder der LKWNB sind, bleiben davon unberührt.

(2) Auf Antrag der Gesellschafter mit aufrechter Befugnis, die Mitglieder der LKWNB sind, können die einzelnen Umsätze der Gesellschafter addiert werden, und unter Berücksichtigung des § 5 Abs. 5 wird der neu gegründeten ZT-Gesellschaft eine Gesamtumlage auf der so ermittelten Berechnungsbasis vorgeschrieben. Diesfalls kommt eine Aliquotierung nicht zum Tragen. Gesellschafter mit ruhender Befugnis werden von dieser Zusammenlegung nicht erfasst.

§ 12 Regelung für ZT-Gesellschaften, die vor dem Erfassungsstichtag gegründet wurden

Auf Antrag der Gesellschafter mit aufrechter Befugnis, die Mitglieder der LKWNB sind, kann einer ZT-Gesellschaft, die vor dem Erfassungsstichtag gegründet wurde, anstelle der Gesellschaftsumlage im Sinne des § 5 Abs. 5 sowie den Umlagen der Einzelmitglieder iSd § 4 Abs. 1 und 2 eine Gesamtumlage vorgeschrieben werden. Die Berechnungsgrundlage wird in diesem Fall durch Addition der Umsätze der Einzelmitglieder ermittelt. Die Berechnung der Umlage für die Gesellschaft beruht auf der so ermittelten Berechnungsbasis.

Gesellschafter mit ruhender Befugnis werden von dieser Zusammenlegung nicht erfasst.

Der Antrag ist jedes Jahr neu zu stellen.

§ 13 Ermäßigung bei Geburt eines Kindes

Weibliche Mitglieder werden nach Anzeige der Geburt eines Kindes für das Jahr der Geburt sowie das Folgejahr von der Kammerumlage bis zu einem Betrag von maximal EUR 800 befreit.

§ 14 Umsätze aus Gesellschaften mit Sitz außerhalb des Wirkungsbereichs der LKWNB

Umsätze von Mitgliedern, die aus der Beteiligung an ZT-Gesellschaften mit Sitz außerhalb des Wirkungsbereichs der LKWNB im Kalenderjahr 2006 erzielt wurden, werden den betreffenden Mitgliedern auf Antrag nach nicht angerechnet, wenn sie unter einem mit dem Antrag nachweisen, dass für diese Umsatzanteile die Umlage an die Länderkammer, in deren Wirkungsbereich die betreffende Gesellschaft ihren Sitz hat, abgeführt wird.

§ 15 Übertritt aus einem oder in einen anderen Kammerbereich

Im Falle des Übertrittes aus einem anderen Kammerbereich wird lediglich eine Übertrittsgebühr gem. § 23 Abs. 2 vorgeschrieben, sofern das Mitglied nachweist, dass die Kammerumlage an die abgebende Kammer bereits entrichtet wurde. Andernfalls wird die Kammerumlage gem. § 4 Abs. 2 bzw. Abs. 3 vorgeschrieben. Im Falle des Übertrittes in einen anderen Kammerbereich wird eine bereits entrichtete Kammerumlage nicht refundiert.

§ 16 Verwaltungsbeitrag für WE-Bezieher und Pensionsempfänger

(1) Mitglieder der LKWNB, die wegen des Bezuges von Leistungen aus den Wohlfahrtsleistungen der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten oder von Leistungen aus einer staatlichen Pensionsversicherung (ASVG, GSVG und dergleichen) ihre Befugnis ruhen lassen, sind für jedes Kalenderjahr, in dem sie keine sonstigen Kammerumlagenzahlungen leisten, zu ersuchen, einen Verwaltungsbeitrag von EUR 30 zu leisten. Die Befreiung von sonstigen Kammerumlagen gilt erst ab Mitteilung des Pensionsbezuges an die LKWNB.

(2) Dieser Beitrag ist der zwangsweisen Eintreibung nicht zugänglich, es werden keine Verzugszinsen erhoben.

§ 17 Fälligkeit

(1) Grundforderung
Die Umlagenforderung ist mit 1.1.2008 fällig und längstens bis 1.2.2008 abzugs- und spesenfrei der LKWNB zu begleichen. Besteht eine Ermächtigung zum Bankeinzug durch die Kammer, wird per 1.3.2008 oder dem darauffolgenden Banktag eingezogen. Nach diesem Zeitpunkt werden bis zum tatsächlichen Zahlungseingang Verzugszinsen i.d. H.v. 9% p. a. der offenen Forderung zugerechnet.

(2) Nachforderungen
Sollten sich aus Statusänderungen oder anderen Gründen Nachforderungen ergeben, sind diese mit Zustellung der Zahlungsaufforderung fällig und längstens binnen zwei Wochen abzugs- und spesenfrei der LKWNB zu begleichen. Nach diesem Zeitpunkt werden bis zum tatsächlichen Zahlungseingang Verzugszinsen i.d.H.v. 9% p. a. der offenen Forderung zugerechnet.

(3) Im Fall des Zahlungsverzuges wird nach zweimaliger fruchtloser schriftlicher Mahnung die Forderung im Exekutionsweg eingebracht.

§ 18 Stundung und Ratenzahlung

(1) Auf begründeten Antrag eines umlagepflichtigen Mitgliedes kann die Kammerdirektion die Kammerumlage zur Gänze oder in Teilen stunden oder Zahlung in Raten genehmigen.

(2) Der gestundeten bzw. im Fall der Ratenzahlung der noch nicht beglichenen Forderung werden Stundungs- bzw. Verzugszinsen von 9% p. a. zugeschlagen.

(3) Mit Tilgung der Forderung tritt die Genehmigung außer Kraft und ist auf künftig entstehende Schulden nicht mehr anwendbar.

(4) Im Fall der Nichteinhaltung der Ratenzahlungsaufgaben oder bei fruchtlosem Verstreichen des Stundungstermins kann unverzüglich Exekution geführt werden.

§ 19 Bescheidmäßige Festsetzung

(1) Auf Antrag hat die Kammerdirektion die Umlagenforderung mit Bescheid festzusetzen.

(2) Auf ZT-Gesellschaften findet dabei § 5 Abs. 2 Anwendung.

§ 20 Unterlassen der Umsatzmeldung

(1) Unterlässt ein Mitglied oder eine ZT-Gesellschaft die gebotene Umsatzmeldung bis zum 30.11.2007, wird sein Umsatz vorläufig geschätzt und die Schätzung der Berechnung der Kammerumlage zugrunde gelegt. Die Schätzung der Berechnungsgrundlage ist gemäß Abs. 2 bis Abs. 6 vorzunehmen.

(2) Zunächst ist der zuletzt gemeldete Umsatz als Schätzbasis heranzuziehen. Ist dieser nicht bekannt, wird als Schätzbasis der Durchschnittsumsatz eines Ziviltechnikers der jeweiligen Befugnisgruppe im Wirkungsbereich der LKWNB, im Falle einer ZT-Gesellschaft der Durchschnittsumsatz einer ZT-Gesellschaft, im Jahr 2005 herangezogen.

(3) Dieser Schätzbasis wird für die Ermittlung der Bemessungsgrundlage für das Kalenderjahr 2006 20%, für jedes weitere begonnene Kalenderjahr jeweils 20% der Bemessungsgrundlage des Vorjahres zugeschlagen.

(4) Die Schätzung wird erst dann durch tatsächlich erzielte Umsätze als Berechnungsgrundlage ersetzt, wenn das betreffende Mitglied oder die betreffende ZT-Gesellschaft seine bzw. ihre während des gesamten Schätzungszeitraumes tatsächlich erzielten Umsätze lückenlos durch die Vorlage von Umsatzsteuerbescheiden nachweist.

(5) Sollte die Dokumentation der Umsätze ergeben, dass das betreffende Mitglied oder die betreffende ZT-Gesellschaft während des Schätzungszeitraumes tatsächlich höhere Umsätze erzielt hat, ist die LKWNB berechtigt, die nicht durch die Schätzung bereits abgegoltene Kammerumlagenanteile nachträglich zzgl. 9% Verzugszinsen p. a. einzufordern. Diese Forderungen verjähren nicht.

(6) Zusätzlich wird für den mit der Schätzung verbundenen Aufwand pro Kalenderjahr eine Pauschalgebühr von EUR 200 eingehoben, die auch im Falle der nachträglichen Umsatzmeldung nicht zurückerstattet wird.

§ 21 Nachforderung von Umlagenschulden aus Vorjahren

(1) Wird der LKWNB bekannt, dass ein Mitglied oder eine ZT-Gesellschaft in Vorjahren Umsätze aus ZT-Tätigkeit erzielt und diese nicht gemeldet hat, ist die LKWNB berechtigt, aus diesen Umsatzanteilen nach den Grundsätzen dieses Umlagenbeschlusses ermittelte Kammerumlagen nachträglich einzufordern.

(2) Das betreffende Mitglied hat dafür der LKWNB diese nicht gemeldeten Umsätze bekannt zu geben und nachzuweisen, andernfalls wird bei aufrechter Befugnis im Kalenderjahr der Erwirtschaftung des Umsatzes die Hälfte der Schätzbasis gem. § 20 Abs. 2, bei ruhender Befugnis die gesamte Schätzbasis gem. § 20 Abs. 2, als Berechnungsgrundlage für die Schätzung der nachzufordernden Kammerumlage herangezogen.

(3) Diesen Nachforderungen werden 9% Verzugszinsen p. a. zugeschlagen.

§ 22 Überprüfung der Umsatzmeldungen

Zur Überprüfung der Umsatzmeldungen hat die Kammer die Mitglieder zur Übermittlung der Umsatzsteuerbescheide bzw. anderer geeigneter Nachweise aufzufordern.

Dem Bescheid bzw. den Nachweisen sollen zusätzlich Unterlagen beigelegt werden (z. B. Rechnungsabschluss), aus denen die gemeldeten Umsatzziffern hervorgehen.

§ 23 Festsetzung sonstiger Gebühren

(1) Eintragungsgebühr
Die Eintragungsgebühr wird mit EUR 100 festgelegt und ist vor der Vereidigung zu entrichten.

(2) Übertrittsgebühr
Die Übertrittsgebühr wird mit EUR 100 festgelegt.

(3) Bearbeitungsgebühr der Dienstleistungsanzeige

Für die Bearbeitung einer EU-Dienstleistungsanzeige wird ein Betrag von EUR 150 festgelegt.

(4) Solidarbeitrag „Geometer Europas“
Für die Träger der Befugnis „Vermessungswesen“ mit aufrechter Befugnis wird zusätzlich zu den unter §§ 4 bis 5 normierten Umlagen ein für den Verband „Geometer Europas“ zweckgebundener Solidarbeitrag i.H.v. EUR 40 p. a. festgesetzt. Dieser Beitrag ist der zwangsweisen Eintreibung nicht zugänglich, es werden keine Verzugszinsen eingehoben.

§ 24 Inkrafttreten

Dieser Umlagenbeschluss tritt mit dem Tag, der seiner Beschlussfassung in der Kammervollversammlung folgt, in Kraft. ♦♦♦

UMLAGENTABELLE 2008

Umsatz Euro	Einzel-ZT Euro	ZT-Gesellschaft* Euro	ZT-Gesellschaft** Euro
79.948	590,00	800,00	1.180,00
100.000	661,08	800,00	1.180,00
125.000	740,48	800,00	1.180,00
145.535	800,00	800,00	1.180,00
150.000	812,38	812,38	1.180,00
200.000	940,30	940,30	1.180,00
250.000	1.053,24	1.053,24	1.180,00
300.000	1.155,51	1.155,51	1.180,00
312.636	1.180,00	1.180,00	1.180,00
350.000	1.249,69	1.249,69	1.249,69
400.000	1.337,46	1.337,46	1.337,46
500.000	1.498,10	1.498,10	1.498,10
600.000	1.643,57	1.643,57	1.643,57
700.000	1.777,53	1.777,53	1.777,53
800.000	1.902,37	1.902,37	1.902,37
1.000.000	2.130,85	2.130,85	2.130,85
2.000.000	3.030,87	3.030,87	3.030,87
3.000.000	3.724,55	3.724,55	3.724,55
4.000.000	4.311,03	4.311,03	4.311,03
5.000.000	4.828,81	4.828,81	4.828,81

Formel $1,9 \times (\text{Umsatz})^{0,5083}$

Mindestumlage 590

Maximalumlage 4.828,81

* für Ziviltechnikergesellschaften mit lediglich einem Ziviltechniker mit aufrechter Befugnis

** für Ziviltechnikergesellschaften mit mehr als einem Ziviltechniker mit aufrechter Befugnis